

Jahresbericht 2013

Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V.

30 Jahre Öku-Büro



Inhaltsverzeichnis

- 5 El Salvador: Länderbericht und Aktivitäten
- 19 Honduras: Länderbericht und Aktivitäten
- 32 Mexiko: Länderbericht und Aktivitäten
- 44 Nicaragua: Länderbericht und Aktivitäten
- 63 BUKO-Kongress in München
- 68 Assoziierungsabkommen EU-Zentralamerika
- 72 Arbeitskreis Postkolonialismus
- 76 Arbeitskreis Grenzen
- 77 EU-Arbeitskreis
- 78 Weitere Aktivitäten
- 83 Öffentlichkeitsarbeit
- 85 Kooperation und Vernetzung in München, Deutschland und Europa
- 90 Flugdienst



1994

Editorial

Auch das Jahr 2013 endet für uns im Ökumenischen Büro damit, dass wir mit diesem Bericht Rechenschaft ablegen über die Arbeit des vergangenen Jahres. Aber 2013 hat noch etwas ganz besonderes für uns: Wir sind 30 Jahre alt geworden. Daher wird dieser Bericht nicht nur auf die wichtigsten Ereignisse dieses Jahres eingehen, sondern auch mit einigen Bildern an unsere Geschichte erinnern. Das erste Halbjahr 2013 stand im Zeichen des BUKO-Kongresses in München, den das Ökumenische Büro federführend ausrichtete. Hier arbeiteten fast alle Aktiven zusammen und trugen zu einem gelungenen Kongress bei.

In unserer Länderarbeit standen folgende Themen an:

In Honduras forderte die weiterhin besorgniserregende politische Situation unser Engagement. Der Repression gegenüber Mitgliedern der indigenen Menschenrechtsorganisation COPINH im Zusammenhang mit dem Widerstand der Bevölkerung gegen das Staudammprojekt „Agua Zarca“ stellten wir hier bei uns Öffentlichkeitsarbeit entgegen. Außerdem beteiligten wir uns an der Menschenrechtsdelegation, die sich im November zu den Wahlen in Honduras aufhielt.

Nicaragua beschäftigte das Ökumenische Büro vor allem deshalb, weil in diesem Jahr wieder eine unserer Brigade dort unterwegs war. In zwei Gemeinden des Departements Matagalpa beteiligte sich die Gruppe am Bau von Gemeinschaftseinrichtungen. Im Rahmen des inhaltlichen Schwerpunktes Geschlechterverhältnis kam es zu interessanten Begegnungen mit nicaraguanischen Frauenorganisationen.

In unserer Länderanalyse zu Nicaragua gehen wir außerdem der Frage nach, was der heiß diskutierte Plan der Regierung, mit Hilfe eines chinesischen Privatunternehmens einen Kanal zwischen Pazifik und Atlantik zu bauen, für Konsequenzen haben könnte.

In El Salvador stand das vergangene Jahr bereits im Zeichen der Präsidentschaftswahlen 2014. Während die Rechte gespalten ins Wahljahr geht und ARENA große Korruptionsfälle aus vergangenen Regierungsjahren verkraften muss, hat die FMLN bisher keine großen Probleme, sich zu positionieren. Sorgen machten uns die Nachrichten über zwei Ereignisse, die großen Einfluss auf die Situation der Menschenrechte haben werden: 2013 schloss das Erzbistum von San Salvador sein Büro *Oficina de Tutela Legal* und Unbekannte überfielen das Büro der Organisation *Pro Búsqueda* und stahlen wichtige Unterlagen.

In Mexiko brachte das erste Regierungsjahr des Präsidenten Enrique Peña Nieto keine bemerkenswerten Veränderungen bei der Situation der Menschenrechte. Es herrscht weiterhin Straflosigkeit und die Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger_innen nahmen sogar zu. Die Ursachen dafür haben sich mit der Rückkehr der Partei der Institutionellen Revolution (PRI) an die Macht nicht geändert. Weiterhin wurden ökonomische Interessen im Bergbau, in der Energieversorgung, beim Bau von Talsperren oder Windparks und im Drogenhandel brutal durchgesetzt. Und weiterhin sind die Ärmsten, häufig Angehörige indigener Gemeinschaften, die Leidtragenden.

Das Jahr 2013 wird wahrscheinlich als das Jahr mit dem größten personellen Umbruch in der Geschichte des Büros eingehen. Nachdem uns Babs



Kwapkowski zu Ende des Jahres 2012 verlassen hatte, mussten wir auch noch im Juni von Eva Bahl Abschied nehmen. Alexander Popitz, der Babs folgte, passte sehr gut zu uns, blieb aber leider nur drei Monate. Seither kümmert sich Dorothee Denzler um unsere Finanzen und für den Bereich El Salvador/Honduras konnten wir Andrea Lammers gewinnen. Allen Hauptamtlichen, ob sie sich verabschiedet haben, neu gekommen oder geblieben sind, danken wir ganz herzlich für ihren Einsatz. Das gilt auch für all die anderen, die auf unterschiedlichste Art zum Gelingen unserer Arbeit beigetragen haben: die ehrenamtlichen Mitarbeiter_innen und die beiden unwahrscheinlich fleißigen Praktikant_innen Paula Lochte und Alejandro Pacheco. Auf Alejandro's Initiative hin gab es in diesem Jahr zwei Veranstaltungen in einer Reihe zu Kolumbien, die fortgesetzt werden soll. Nicht zuletzt danken wir auch unseren treuen Spender_innen und Kund_innen des Flug- und Zugdienstes.

Und schließlich möchten wir auch den Organisationen, die uns im Jahr 2013 finanziell unterstützt haben herzlich danken. In alphabetischer Reihenfolge waren dies: Brot für die Welt/Evangelischer Entwicklungsdienst, Engagement Global (BMZ), Initiative Eine Welt Köngen, Katholischer

Fonds, Kulturreferat der Landeshauptstadt München, Petra Kelly Stiftung, Rosa Luxemburg Stiftung und Stiftung Umverteilen.

All den Menschen und Organisationen, die wir hier erwähnt oder unglücklicherweise vergessen haben, wünschen wir ein gutes und erfolgreiches Jahr 2014.



Das Ökumenische Büro wird vom Kulturreferat der Landeshauptstadt München gefördert.

El Salvador

Länderbericht

Die Politik der ersten linken Regierung El Salvadors oszillierte im Jahr 2013 zwischen erfolgreichen Maßnahmen zur Armutsbekämpfung sowie zur Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft und Entscheidungen zugunsten neoliberaler Wirtschaftspolitik. Der Beitritt El Salvadors zum Assoziierungsabkommen der Zentralamerikanischen Staaten mit der Europäischen Union wurde im Land selbst nur wenig öffentlich kritisiert. Energischen Protest im Inland und im Ausland gleichermaßen riefhingen eine Entscheidung des Erzbischofs von San Salvador hervor: Die Schließung des Rechtshilfebüros des Erzbistums und kurz darauf ein brutaler Überfall auf die Menschenrechtsorganisation Pro Búsqueda ließen zum Jahresende spüren, dass auch nach zwanzig Jahren die juristische Aufarbeitung der Verbrechen aus dem Bürgerkrieg noch ganz am Anfang steht und erheblicher Widerstand aus dem Kreis der Täter_innen zu erwarten ist.

Die Präsidentschaftswahlen 2014 werfen ihre Schatten voraus

Wenn am 2. Februar 2014 knapp fünf Millionen Salvadorianer_innen zur Wahl aufgerufen sind, steht mehr auf dem Spiel als nur die routinierte Wiederwahl einer linken Partei, die 2009 erstmals in der Geschichte El Salvadors an die Regierung kam. Am winzigen *pulgarcito*, dem Däumling Zentralamerikas, wird sich erweisen, ob der von lokalen Oligarchen angeheizten Dampfwalze transnationaler Ressourcen- und geostrategischer Machtinteressen, die immer ungebremster über den Isthmus hinweg rollt, wenigstens teilweise Einhalt geboten werden kann. Deshalb haben sich soziale Basisbewegungen und Menschenrechtsorganisationen, die in Detailfragen reichlich Kritik an der amtierenden Regierung Funes üben, 2013 zur Initiative *Cinco más* („Fünf Jahre mehr“) zusammengeschlossen und setzen auf eine Verstärkung des eingeleiteten Wandels zugunsten der Ernährungssouveränität auf dem Land und der ärmsten Teile der Bevölkerung.

In das Regierungsprogramm der FMLN (*Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional*) für 2014 bis 2019 flossen auch Ergebnisse der im Februar 2013 gestarteten Volksbefragung ein, an der rund 85.000 Bürger_innen teilgenommen hatten. „Arbeit, Sicherheit und Bildung“ standen im Zentrum der Forderungen der Bevölkerung.¹ FMLN-Präsidentschaftskandidat ist der 69jährige ehemalige Guerillakommandant Salvador Sánchez Cerén. Er ist derzeit

Vizepräsident und war bis zur seiner Kandidatur auch Bildungsminister. Als sein Stellvertreter bewirbt sich der populäre Bürgermeister der Stadt Santa Tecla, Oscar Ortíz. Die Gegenkandidaten der Rechten sind der Bürgermeister der Hauptstadt San Salvador, Norman Quijano (ARENA) und Antonio Saca, ehemaliger ARENA-Politiker und Präsident, der nun für das, ebenfalls rechte, Parteienbündnis UNIDAD antritt. Gegen Sacas Kandidatur läuft seit Mitte November ein Verfahren bei der ihrerseits umstrittenen Verfassungskammer des Obersten Gerichtshofes. Im Dezember wurden weitere Klagen gegen seine Kandidatur, aber auch die von Sánchez Cerén eingereicht. Gleichzeitig begann ARENA mit einer Medienkampagne, um das Oberste Wahlgericht zu diskreditieren. Für den Rest des Wahlkampfes wird eine, von dem berühmtesten venezolanischen Berater J. J. Rendón orchestrierte, schmutzige Kampagne seitens ARENA erwartet, die in den Umfragen immer mehr ins Hintertreffen gerät.

Im Gegensatz zu 2012 lag die FMLN 2013 in den Meinungsumfragen zunehmend deutlich vor ARENA. In einer Mitte Dezember vom Forschungsinstitut CS-Sondea veröffentlichten Umfrage erhielt sie 44,6% (Präsidentschaftskandidat Sánchez Cerén 39,1%), ARENA dagegen nur 39,2% (Quijano 34,2%) und UNIDAD 13,9% (Saca 15,8%).

Die signifikanteste Zahl ist aber womöglich eine andere: 37% der Befragten gaben in einer fast zeitgleich von der Universität UCA publizierten Umfrage an, noch unentschieden zu sein, wem sie am 2. Februar 2014 ihre Stimme geben werden.²

So konstatierte denn auch Roger Blandino Nerio, in der FMLN-Führung zuständig für soziale Bewegungen und einer unserer Gäste beim diesjährigen El Salvador-Bundestreffen im November:

„Wir setzen alles darauf, im ersten Wahlgang zu gewinnen. Wenn uns das nicht gelingt, wird es möglicherweise schwierig.“ Ein zweiter Wahlgang fände am 9. März 2014 statt. Bis kurz vor Jahresende lief die Anwerbung von Wahlbeobachter_innen aus der weltweiten Solidaritätsbewegung auf Hochtouren. Regierung und Oberstes Wahlgericht setzen auf größtmögliche Bürgernähe und Transparenz. Erstmals können auch Salvadorianer_innen im Ausland wählen gehen. Vor allem die ca. 2.5 Millionen Stimmen salvadorianischen Staatsbürger_innen, die in den USA leben, können einen bedeutenden Unterschied zu vorangegangenen Wahlen machen. Hier liegt eine Chance für die FMLN, aber



Equipo Maíz im Wahlkampffieber: Rechte Kandidaten auf der Rutsche

natürlich auch ein massives politisches Druckmittel der USA, nicht zu sehr vom in Washington gewünschten Kurs abzuweichen: EL Salvador hängt wirtschaftlich in hohem Maße von den Geldsendungen der Migrant_innen ab – und damit vom guten Willen der US-Administration ihnen immer wieder temporäre Arbeitspapiere auszustellen.

Haftbefehle gegen ehemalige ARENA-Funktionäre

Roger Blandino Nerio machte ein ebenso staunendes wie erfreutes Gesicht, als Botschafterin Anita Escher Echeverría ihm Mitte November in Berlin auf ihrem Tablet-Computer die neuesten Nachrichten zeigte: Haftbefehle gegen 21 ehemalige Funktionäre der ARENA-Regierungen 1994 bis 2004. Sie werden wegen mehrerer Korruptionsaffären angeklagt, die den salvadorianischen Staat möglicherweise eine Milliarde US-Dollar gekostet haben. Prominenteste Beschuldigte sind der ehemalige Wirtschaftsminister Miguel Lacayo und der Chef der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft CEL (*Comisión Hidroeléctrica del Rio Lempa*) Guillermo Sol Bang, denen vorgeworfen wird in einen krummen Millionendeal mit dem italienischen Energieriesen ENEL zur Gründung eines gemeinsamen Geothermie-Unternehmens verwickelt gewesen zu sein.³



Roger Blandino (rechts im Bild) verteidigte in Frankfurt/M. die Positionen der FMLN.

Waffenstillstand der Jugendbanden in der Kritik

Der Anfang 2012 durch den Militärbischof Fabio Colindres und den Ex-Kommandanten der Guerilla Raúl Mijango vermittelte Waffenstillstand zwischen den beiden großen Jugendbanden *Mara Salvatrucha* und *Barrio 18* hat über das Jahr 2013 gehalten. Auch das Ziel der Regierung, damit die hohe Mordrate (durchschnittlich zwölf Menschen pro Tag im Jahr 2011) zu halbieren, hat sich erfüllt. Allerdings bereitet nun, wie schon im Vorjahr befürchtet, die steigende Zahl der Verschwundenen Sorgen. Polizeidirektor Rigoberto Pleité's resümierte verschiedenen Agentur-Meldungen zufolge im Dezember: „Im Jahr 2012 hatten wir 545 Fälle, dieses Jahr sind es bereits 1.070.“ Kurz zuvor hatte der Fund eines Massengraves mit den sterblichen Überresten von mindestens 44 zuvor Verschwundenen, die *Barrio 18* zugeschrieben werden, das Land erschüttert. Es wird vermutet, dass das von den Maras "Aussaat" genannte

heimliche Vergraben der Leichen zuvor Verschwundener zu einem Teil den Mord auf offener Straße ersetzt.

Die Bevölkerung beklagt, Mara-Mitglieder würden sich nach dem Waffenstillstand weniger untereinander umbringen, hätten sich aber gerade auch außerhalb der Gefängnisse reorganisiert und ihre Wirkungsbereiche ausgeweitet. Die allgemeine Sicherheit sei durch den Waffenstillstand nicht größer geworden. Besonders vor extrem gewalttätigen Erpressungen, die mittlerweile viele Menschen in die Migration treiben. Auch die grundsätzliche Kritik an dem Abkommen wächst. Während die Regierung sich auffällig bedeckt hält, spricht der spanische Pater Antonio Rodríguez, der seit vielen Jahren Präventions- und Rehabilitationsarbeit in der Stadt Mejicanos betreibt, von einem „zynischen Handel mit Leichen“. Die Banden säßen nun als akzeptierter politischer Akteur am Verhandlungstisch. „Ich glaube, dass der Waffenstillstand letztlich eine Strategie der Narcos ist. Sie sind eng mit der ultrarechten Partei ARENA verknüpft, die 20 Jahre lang das Land regierte. Als ARENA vor vier Jahren die Regierung an die Linke verlor, verlor auch der Drogenhandel diesen Einflussbereich. Er musste neue Strategien entwickeln. Eine davon war, die Straßen mit Toten zu pflastern, um Macht zu demonstrieren – und folglich über den Eintritt in die Regierung verhandeln zu können. Dafür bedient sich der Drogenhandel der Jugendbanden, die als Auftragsmörder fungieren“, konstatierte Rodríguez, der gegen Jahresende als Nachfolger für Mijango als Vermittler im Gespräch war. Die Banden würden als Quelle der Gewalt im Land begriffen. Tatsächlich seien sie jedoch ein Auswuchs der strukturellen Gewalt – kein Feind, mit dem es gelte, Friedensverhandlungen zu führen. Diese Lösung greife zu kurz.⁴

Frauenrechte: Der Fall Beatriz erschüttert die internationale Öffentlichkeit

Noch stärker als im Vorjahr das Schicksal der nach einem Abtreibungsversuch inhaftierten Mery (siehe Jahresbericht 2012) dominierte 2013 der Fall Beatriz die Debatte um Frauenrechte in El Salvador.

Mitte April startete *Amnesty International* eine *Urgent Action* für eine 22-jährige Frau in El Salvador mit dem fiktiven Namen Beatriz, deren Schwangerschaft von Tag zu Tag riskanter wurde. Die Ärzt_innen empfahlen wegen der Gefährdung von Gesundheit und Leben der Mutter eine therapeutische und wegen der Anenzephalie des Fötus eine eugenische Abtreibung. Seit 1998 ist jedoch in El Salvador jegliche Form der Abtreibung verboten. Weil die Ärzt_innen folglich nicht handelten, hatte sich *Beatriz* mit Unterstützung der *Agrupación Ciudadana por la Despenalización del Aborto Terapéutico, Ético y Eugenésico* (Bürgervereinigung für die Entkriminalisierung von Abtreibung mit therapeutischer, ethischer oder medizinischer Indikation) an den Obersten Gerichtshof gewandt. Dessen fünfköpfige Verfassungskammer ließ sich mit ihrem - ablehnenden - Urteil sieben Wochen Zeit. *Beatriz* wurde schließlich

zu Beginn der 27. Schwangerschaftswoche nach einsetzenden Wehen mit einem Kaiserschnitt gerettet, das anenzephalisch geborene Mädchen starb nach fünf Stunden. Eine Resolution des Interamerikanischen Menschenrechtshofes zum Fall *Beatriz* hatte festgestellt: „Es muss garantiert sein, dass das behandelnde Ärzteteam, ohne jegliche Einmischung von außen, alle medizinischen Maßnahmen ergreifen kann, die es für angebracht hält, um die in den Artikeln 4 und 5 der Amerikanischen Menschenrechtskonvention verankerten Rechte zu schützen und so, möglicherweise sogar irreparable, Beschädigungen des Rechtes auf Leben und des Rechtes auf persönliche Integrität und Gesundheit der Frau B. abzuwenden.“

Laura Aguirre kommentierte im Internet-Magazin *El Faro*: Beatriz hat El Salvador in die Weltöffentlichkeit katapultiert. „Dank des Mutes von Beatriz haben wir, glaube ich, endlich die Chance, die Diskussion über Abtreibungen zu eröffnen und Gesetzesänderungen zu fordern, die uns Frauen wirklich das Recht auf Leben garantieren. (...) Da es keine gesetzliche Definition dafür gibt, was genau ein Schwangerschaftsabbruch ist, kommt es zu willkürlichen Interpretationen, die viele Frauen hinter Gitter gebracht haben. Im Augenblick gibt es mindestens 49 Frauen, die wegen Totschlags zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Darunter sind viele arme Frauen, die Fehlgeburten erlitten haben.“



„Welche dunkle Macht steht hinter Erzbischof Alas?“

Attacken auf das historische Gedächtnis – und auf Beweismittel in künftigen Prozessen

In der zweiten Jahreshälfte rückte die Vergangenheit des zwanzigjährigen Bürgerkrieges schlagartig in den Fokus der öffentlichen Auseinandersetzung in El Salvador: Am 30. September schloss Erzbischof José Luis Escobar Alas plötzlich und völlig unerwartet das Rechtshilfebüro des Erzbistums, die *Oficina de Tutela Legal*. Die zwölf Mitarbeiter_innen durften die Räume im Inneren des erzbischöflichen Ordinariats nicht mehr betreten und bekamen ihre Kündigung ausgehändigt. Für die überlebenden Opfer aus dem Bürgerkrieg und die Fami-

lienangehörigen Tausender von Toten war die 1982 gegründete *Tutela Legal* ein sicherer und nahezu geheiligter Ort gewesen. Im einzigartigen Archiv des Rechtshilfebüros lagern etwa 50.000 Akten mit Zeugenaussagen und Dokumenten, darunter viele, die sich auf die 227 Massaker an Zivilist_innen beziehen, die während des internen bewaffneten Konfliktes zwischen 1980 und 1992 überwiegend von der Armee und Todesschwadronen begangen wurden. *Tutela Legal* war das Erbe des 1980 ermordeten Erzbischofs Oscar Romero. Eine langjährige Mitarbeiterin aus Romeros Arbeitsteam, Dr. María Julia Hernández leitete die Institution bis zu ihrem Tod 2007. Die Mitarbeiter_innen des Büros vertraten bedeutende Fälle wie zum Beispiel den des Massakers von „El Mozote“ 1981 durch das von US-Spezialisten trainierte Armeebataillon Atlacatl, das mit nahezu tausend Toten als das größte in der jüngeren Geschichte Zentralamerikas gilt.⁵

Die meisten Beobachter_innen sehen einen Zusammenhang damit, dass die salvadorianische Verfassungskammer kurz zuvor eine Klage von Bürger_innen angenommen hatte, die das Amnestiegesetz aus der Zeit nach der Unterzeichnung der Friedensverträge vor 20 Jahren kippen könnte. So war für Saúl Baños von der Menschenrechtsorganisation FESPAD (Fundación para la Aplicación del Derecho - Studienstiftung für Angewandtes Recht), dem zweiten Gast des Ökumenischen Büros aus El Salvador in diesem Jahr (siehe Kapitel Aktivitäten), der Fall ziemlich klar: „Eine Vermutung ist, dass Bischof Escobar Alas

Kundgebung für die Rechte der Opfer am Archiv der Tutela Legal



naiverweise wirklich angenommen hat, *Tutela Legal* sei nicht länger nötig. Aber das ist ein ziemlich schwaches Argument. Die zweite Hypothese ist, dass der Bischof unter Druck gesetzt worden war. Und zwar von mächtigen Leuten, die eine Strafverfolgung fürchten, falls das Amnestiegesetz aus dem Jahr 1993 für verfassungswidrig erklärt wird.“

Nach der Schließung der *Tutela Legal* erhob sich lautstarker Protest, auch aus dem Ausland. Demos wurden organisiert, Briefe an den apostolischen Nuntius und Papst Franziskus adressiert. David Morales, salvadorianischer Ombudsmann für die Verteidigung der Menschenrechte, selbst ehemaliger Mitarbeiter der *Tutela Legal* (und unser Gast von Rundreise und Bundestreffen 2012) versuchte, einzugreifen und das Archiv als nationales Kulturerbe sichern zu lassen. Vergeblich. Die Generalstaatsanwaltschaft beschlagnahmte unter dubiosen Umständen Akten aus dem Archiv. Die Verfassungskammer entschied, es sei Privatbesitz der katholischen Kirche. Saul Baños empörte sich: „Legalistisch kann man vielleicht so argumentieren, legitimerweise gehört das Archiv aber keineswegs der katholischen Kirche. Die Informationen im Archiv stammen schließlich von den Familienangehörigen der Opfer und von den Opfern selbst! Soweit sie überlebt haben.“ Nach weiteren Demonstrationen und Protesten am 3. Dezember begleitete FESPAD einige der Opferorganisationen zum Obersten Gerichtshof, wo sie ihrerseits Verfassungsbeschwerde einlegten.

Inzwischen war eine weitere, gravierende Attacke auf das historische Gedächtnis des Landes, die Integrität der Opfer und mögliche Beweismittel in künftigen Prozessen verübt worden: Am 14. November überfielen maskierte Männer das Büro der Menschenrechtsorganisation *Pro Búsqueda*, die sich zum Ziel gesetzt hat, verschleppte Kinder aus dem Bürgerkrieg wiederzufinden. Die Angreifer fesselten zwei Angestellte, zerstörten PCs und verbrannten wichtige Dokumente.

Ein Schwerpunkt der Arbeit des Ökumenischen Büros zu El Salvador im Jahr 2014 wird das Thema „Erinnerungsarbeit und Vergangenheitspolitik“ sein.



*Sául Baños
(FESPAD):
„Das Amnestie-
gesetz von 1993
ist verfassungs-
widrig.“*

Aktivitäten des Ökumenischen Büros zu El Salvador

Seminar der El Salvador-Solidaritätsgruppen

Das vom Ökumenischen Büro organisierte Koordinationstreffen mit dem Schwerpunktthema „Pupusas erobern Europa. Das Assoziierungsabkommen EU-Zentralamerika - Entwicklungsalternativen für El Salvador?“⁶ fand vom 8. bis zum 10. November 2013 in Frankfurt/Main statt. Unter dem Titel „Pupusas erobern Europa“⁶ diskutierten zwei Gäste aus El Salvador und über 40 Teilnehmer_innen aus der Bundesrepublik über die menschenrechtlichen Folgen des Assoziierungsabkommens der zentralamerikanischen Staaten mit Europa (AdA) und weitere Themen, die speziell die Interessen europäischer Konzerne in El Salvador (und den Nachbarländern) betreffen. Konjunkturgemäß waren auch die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen (siehe Länderanalyse El Salvador) und die möglichen ökonomischen und politischen Spielräume einer künftigen FMLN-Regierung ein wichtiges Thema der Debatten in Plena und Arbeitsgruppen.

Ko-Veranstalter_innen waren, neben dem Ökumenischen Büro, die Info-stelle El Salvador, das INKOTA-Netzwerk, die Kaffeekampagne El Salvador und das Zentralamerika Sekretariat Zürich.



*Gut besucht: Das
Bundestreffen in
Frankfurt/Main*

Als Referent_innen luden wir gemeinsam mit diesen Kooperationspartnern in Deutschland und der Schweiz einen profilierten Politiker und einen nicht minder profilierten Menschenrechtsverteidiger ein:

Roger Blandino Nerio, ehemals Comandante „Jeremias“, ist Agraringenieur mit Spezialisierung auf Umweltthemen, Mitgründer und Mitglied der Parteiführung der FMLN. Dort ist er aktuell für die Beziehungen zu den sozialen Bewegungen zuständig.

Saúl Antonio Baños Aguilar, Rechtsanwalt und seit 16 Jahren bei der

Resolution des El Salvador Bundestreffens

Aufgrund der aktuellen Dringlichkeit verabschiedeten die Teilnehmer_innen des Bundestreffens eine Protestresolution wegen der Schließung des Rechtshilfebüro des Erzbistums (siehe Länderbericht El Salvador). Darin heißt es unter anderem:

„Die Jahrestagung der El Salvador Solidarität fordert den Erzbischof auf, der Bildung einer interinstitutionellen Instanz zuzustimmen, an der die Opfer, deren Familien, das Büro des Menschenrechtsbeauftragten (PDDH) und Menschenrechtsorganisationen beteiligt sind und deren Aufgabe es sein soll, die Konzeption und die angemessene Verwaltung des Archivs zu garantieren.

Die El Salvador Solidarität unterstützt die Protestaktionen der Opfer und ihrer Familien, der entlassenen Mitarbeiter von *Tutela Legal* und der sozialen Organisationen und Menschenrechtsorganisationen in El Salvador und ermutigt sie, ihre Bemühungen fortzusetzen, damit das Archiv von *Tutela Legal* zu einem fundamentalen Werkzeug dabei wird, die Wahrheit zu kennen und Gerechtigkeit zugunsten eines wahren Friedens und sozialer Versöhnung herbeizuführen. Die El Salvador-Solidarität ermutigt das Büro des Menschenrechtsombudsmanns darin, die wertvolle Begleitung der Opfer und ihrer Familien fortzusetzen, trotz der Angriffe und des Ignorierens seines Verfassungsauftrags durch bestimmte Sektoren.“

Menschenrechtsorganisation FESPAD (*Fundación para la Aplicación del Derecho* - Studienstiftung für Angewandtes Recht) in der Hauptstadt San Salvador tätig, wo er die Abteilung für wirtschaftliche, soziale, kulturelle und Umweltrechte leitet.

Die Diskussionen zum Hauptthema waren mit einiger Spannung erwartet worden, da die Organisationen der Referenten sich zum Thema Assoziierungsabkommen konträr positioniert hatten. Die FLMN-Abgeordneten im Kongress hatten ausnahmslos zugestimmt, während FESPAD zu den wenigen zivilgesellschaftlichen Gruppen zählte, die explizit gegen das Abkommen argumentierten und öffentlich auf die Nachteile für die Bevölkerung hinwiesen (siehe auch Kapitel Assoziierungsabkommen, Seite 68). Blandino bestritt die Probleme nicht, verteidigte aber die Entscheidung der FMLN mit Sachzwängen: Man sei sich bewusst gewesen, dass das AdA ähnlich dem kritisierten CAFTA-DR mit den USA funktioniere, habe aber aufgrund des massenmedialen Drucks der Rechten (Kampagne wegen angeblicher Arbeitsplatzvernichtung) keine andere Wahl gesehen als zu unterzeichnen. Sollte die FMLN die Wahlen 2014 gewinnen, werde man versuchen, die Abhängigkeit von den USA und die negativen Folgen des Freihandels mit Europa durch einen Beitritt zum Staaten-

bündnis ALBA und die politische Annäherung an Staaten außerhalb der EU, wie etwa Vietnam, Indien und Russland, auszugleichen.

Weitgehende Einigkeit herrschte zwischen den Referenten bei den Unterthemen Bergbau und Agrargifte. Saúl Baños erklärte die Arbeit des seit 2006 bestehenden Runden Tisches gegen den Bergbau, der sich auf drei Bereiche konzentriert: Die Kämpfe der sozialen Bewegungen in den betroffenen Gemeinden, die Problematik der Klagen transnationaler Konzerne gegen den Staat



ALBAS wundersame
Ölpumpe soll El
Salvador vor
den Folgen der
Freihandelsabkommen
retten.

El Salvador wegen der Blockierung ihrer Vorhaben und die Auswirkungen grenzüberschreitender Bergbauprojekte im Einzugsgebiet des Rio Lempa. Zum Verkauf der kanadischen *Pacific Rim* an die australische *Oceana Gold* bemerkte Baños: „Dieses Unternehmen hat große Erfahrung in der Beeinflussung lokaler sozialer Konflikte und erst recht in der finanziellen Einflussnahme auf Regierungen. Hier muss sehr genau geguckt werden, wer da wem den Wahlkampf finanziert.“ 73 Anträge auf Bergbaulizenzen stehen in El Salvador derzeit an. Die Genehmigung zur Erkundung werde juristisch oft schon als Zusage für die Ausbeutung ausgelegt.

2013 hatte El Salvador mit einer sehr fortschrittlichen Gesetzesvorlage zum Verbot von 32 Agrargiften international von sich reden gemacht. Darunter auch solche, die für die zahlreichen Todesfälle (über 60 allein in der Gemeinde San Luis Talpa) durch chronische Niereninsuffizienz verantwortlich gemacht werden. Roger Blandino ärgerte sich sichtlich darüber, dass Präsident Funes das Gesetz nicht passieren ließ: „Das wirft uns jetzt wieder um mindestens zwei Jahre zurück!“

Vortragsrundreise

Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Auswirkungen der Wirtschaftspolitik des globalen Nordens, in diesem Fall der europäischen Länder, in kleinen Ländern des Südens wie El Salvador sowie Advocacy- und Fachgespräche mit Entscheidungsträger_innen in Nichtregierungsorganisationen und staatlichen Institutionen waren die Ziele der deutschlandweiten Rundreise von 3. bis zum 16. November 2013 mit den Referenten Saúl Antonio Baños Aguilar (FESPAD) und Roger Blandino Nerio (FMLN) aus El Salvador. Die Rundreise unter dem Motto „Pupusas erobern Europa - Das Assoziierungsabkommen EU-Zentralamerika Entwicklungsalternativen für El Salvador?“ wurde von der El Salvador-Referentin des Ökumenischen Büros koordiniert und von den Mitveranstalter_innen des Bundestreffens, dem Forum Umwelt und Entwicklung, Botschafterin Anita Escher Echeverría sowie einer Vielzahl lokaler Gruppen und Institutionen unterstützt.

Veranstaltung in München

Am 05. November veranstalteten wir eine Gesprächsrunde mit dem El Salvador-Arbeitskreis des Ökumenischen Büros, lotsten Sául Baños auf die Wege unseres Antifaschistischen Stadtrundganges, absolvierten ein langes Gespräch mit Vertretern des Referates Weltkirche des Erzbischöflichen Ordinariates, ein Interview bei Radio Lora und eine Abendveranstaltung im Ligsalz8 in Kooperation mit der Petra-Kelly-Stiftung.

Weitere Fachgespräche, Interviews und Veranstaltungen fanden in Stuttgart, Bonn, Eschborn, Marburg und Leipzig statt.

In Berlin sprachen die Referenten mit Vertreter_innen des Lateinamerika-referates von Brot für die Welt, der Friedrich-Ebert-Stiftung, des Auswärtigen Amtes, der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, mit den Bundestags-abgeordneten Frank Schwabe und Heike Hänsel. Sie wurden vom Neuen Deutschland und der Deutschen Welle interviewt und stellten sich im Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika dem kritischsten Publikum der Tournee.

Zwei Doppelstunden mit hervorragend Spanisch sprechenden Schüler_innen der Salzmannschule Schnepfenthal (bei Gotha) ermöglichten einen erfrischend direkten Austausch ohne Dolmetscher_innen-Barriere. Ein Gespräch mit der handelspolitischen Sprecherin der Grünen im Europaparlament Ska Keller und höchst willkommener inhaltlicher Input bei einer sehr gut besuchten und kontroversen Podiumsdiskussion zum „Landgrabbing“ an der Martin-Luther-Universität in Halle/Saale gehörten zu den weiteren Highlights der Rundreise.

El Salvador-Arbeitskreis

Der El Salvador-Arbeitskreis des Ökumenischen Büros ist ein ständiges Forum zum Austausch zwischen den ehrenamtlichen El Salvador-Interessierten. Bei den monatlichen Treffen, zu denen meist sechs bis sieben Personen anwesend sind, werden die aktuelle politische Konjunktur diskutiert, Resolutionen besprochen und Veranstaltungen vor- und nachbereitet. Besonders wichtig sind dabei die Detailkenntnisse und Sichtweisen der salvadorianischen AK-Mitglieder. Soziale Aktivitäten des AK, wie gemeinsame salvadorianische Essen, dienen der Kontaktpflege und erleichtern den Einstieg für neue AK-Mitglieder.

Am 5. November organisierte der AK eine Veranstaltung mit Saúl Baños (siehe El Salvador Rundreise und Kapitel zum Assoziierungsabkommen) im IGLS 8 in München. Mitglieder des AKs beteiligten sich außerdem an der Gestaltung des „Tages des/der Salvadoreños/as im Ausland“ am 29.11. in München (mit Botschafterin Anita Escher Echeverría) und am Multiplikator_innen-Seminar „Partizipative und interaktive Konzepte für die Bildungsarbeit zu Lateinamerika“ am 21./22. September 2013 in Weilheim bei München, das vom Informationsbüro Nicaragua und dem Ökumenischen Büro veranstaltet wurde.

Für 2014 bereitet der AK zum 15. Geburtstag unserer langjährigen Partnerorganisation OIKOS eine etwa dreiwöchige „Minibrigade“ (Delegationsreise) nach El Salvador vor.

¹ <https://amerika21.de/2013/09/87818/flmn-kandidat-wahlprogramm>

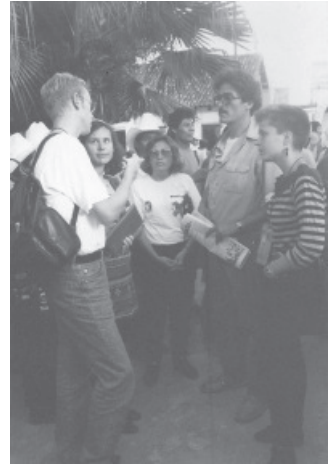
² <http://www.uca.edu.sv/publica/iudop/Encuestas.html>

³ http://internacional.elpais.com/internacional/2013/11/13/actualidad/1384307321_266773.html

⁴ <http://jungle-world.com/artikel/2013/23/47847.html>

⁵ Der interamerikanische Gerichtshof hatte den Staat El Salvador Ende 2012 dazu verurteilt, das Massaker ungeachtet des Amnestiegesetzes zu untersuchen, die Täter vor Gericht zu stellen und den Opfern Schmerzensgeld zu bezahlen. Im Dezember 2013 fanden in der Tat erste Exhumierungen statt und Generalstaatsanwalt Luis Martínez hatte bereits im Mai Ermittlungen angekündigt. Menschenrechtsverteidiger_innen sind jedoch angesichts den Haltung von Martínez skeptisch, wohin dieser Prozess führen wird.

⁶ Pupusas, das „Nationalgericht“ El Salvadors sind gefüllte Maisfladen. Im Vorfeld der Unterzeichnung des AdA war den kleinen Familienbetrieben, in denen sie hergestellt und gebacken werden, allen Ernstes versprochen worden, in Zukunft eröffne sich ihnen ein großer Markt für den Export nach Europa.



Honduras

Länderbericht

Das Jahr 2013 war in Honduras gekennzeichnet durch eine Reihe von Auseinandersetzungen, die typisch für ein Land des Globalen Südens mit neoliberaler Wirtschaftspolitik und großer Ungleichheit sind. Nationale und multinationale Unternehmen auf der einen Seite, regionale Widerstandsbewegungen auf der anderen – dazwischen ein Staat, der als verlängerter Arm wirtschaftlicher Interessengruppen seine eigenen Gesetze missachtet und für eine katastrophale Menschenrechtslage verantwortlich ist.

Die Besonderheit in diesem Gefüge bildet das Auftreten der neuen Partei LIBRE, mit der sich enorme Hoffnungen auf einen politischen und gesellschaftlichen Wandel verbanden. Hoffnungen, die durch die Wahlniederlage vom 24. November vorerst gedämpft wurden.

Regionale Auseinandersetzungen

Staudämme

In Europa genießt diese Art der Energieerzeugung einen sehr guten Ruf und auch in Lateinamerika hat sie eine lange Geschichte. Die laufenden Kosten sind relativ gering, die Stromerzeugung aus dem Falldruck des Wassers gilt als umweltfreundlich. Auch in Honduras gibt es einige kleinere Staudämme in den Händen der staatlichen Energiegesellschaft ENEE. Sie arbeiten zur Zufriedenheit von Angestellten und lokaler Bevölkerung.

Die neuen Staudämme sind anders. Der Putsch-Präsident Micheletti hatte im August 2009 300 Konzessionen zum Bau von Staudämmen vergeben. Hintergrund dieses enormen Bauvorhabens ist die Hoffnung, Honduras in einen Exporteur von Strom zu verwandeln, wobei allerdings die erzielten Gewinne in die Kassen privater Unternehmen fließen werden und die Interessen der lokalen Bevölkerung bestenfalls ein Hindernis darstellen.

Das Projekt „Agua Zarca“

Im westlichen Hochland von Honduras sind 47 Konzessionen für Flussprivatisierungen und Wasserkraftwerke bekannt. 46 der Projekte werden von der lokalen indigenen Bevölkerung vehement abgelehnt. Zum Präzedenzfall und Symbol des Kampfes der Lenca-Gemeinden für ihre Rechte hat sich in diesem Jahr das Staudammprojekt „Agua Zarca“ in der Region Rio Blanco



LIBRE, die Partei von Mel Zelaya und seiner Ehefrau Xiomara ist nach wie vor in der Opposition.

entwickelt. Am Rio Gualcarque wollte die honduranische Gesellschaft DESA gemeinsam mit der chinesischen SINOHIDRO im Frühjahr 2013 mit den Bauarbeiten beginnen. Die betroffenen Gemeinden hatten den Bau in Gemeindeversammlungen klar abgelehnt. Sie berufen sich darauf, dass der honduranische Staat ihre in der ILO-Konvention 169 zum Schutz indigener Ethnien garantierten Rechte zu respektieren hat. Nachdem dies nicht der Fall war, begannen Bewohner_innen der betroffenen Gemeinden mit Unterstützung des Zivilen Rates der Volks- und indigenen Organisationen von Honduras (COPINH) am 1. April die Zufahrtsstraße zum Baugelände zu blockieren. Die Betreibergesellschaft DESA reagierte mit der üblichen Doppelstrategie: dem Versuch, die Gemeinden und ihre Organisation zu spalten und mit Repression gegen diejenigen, die sich weder kaufen, noch einschüchtern ließen. Militär und Polizei wurden auf dem Baugelände stationiert.

Am 15. Juli wurde der Gemeindevorsteher Tomás Garcia vor dem Tor zur Kraftwerksbaustelle von einem Soldaten ohne Vorwarnung erschossen, sein 17jähriger Sohn wurde schwer verletzt. Ortsbekannte Auftragsmörder sind unterwegs, private Wachleute der DESA und staatliche „Sicherheitskräfte“ bedrohen die Staudammgegner_innen. Im Rahmen der Honduras-Delegation initiierte das Ökumenische Büro einen Offenen Brief, der den Rückzug der deutschen Voith Hydro AG (einem Joint Venture mit Siemens) aus dem Liefer-

vertrag für die Turbinen für „Agua Zarca“ fordert (siehe auch unter „Aktivitäten zu Honduras“). Im Gegensatz zu Voith wird dem chinesischem Staatsunternehmen SINOHYDRO die Angelegenheit zu heiß, es steigt Ende August aus dem Vertrag mit der DESA aus. Die Repression gegen die Staudammgegner_innen hält dennoch an.

Im September wird gegen die Generalkoordinatorin von COPINH, Berta Cáceres, sowie gegen die COPINH-Aktivisten Tomás Gómez und Aureliano Molina Anklage wegen Hetze, Nötigung und Sachbeschädigung im Fall „Agua Zarca“ erhoben. Berta droht überdies ein Verfahren wegen angeblichen illegalen Waffenbesitzes und damit sofortige Beugehaft. Eine internationale Kampagne gegen die Kriminalisierung der Lenca-Gemeinden und von COPINH beginnt. Amnesty International erklärt die drei Menschenrechtsverteidiger_innen für den Fall ihrer tatsächlichen Inhaftierung zu gewaltlosen politischen Gefangenen. Zwei Videos von Mitgliedern der Honduras-Delegation dokumentieren, dass Unterschriften gefälscht wurden, um doch noch eine Zustimmung der Gemeinden vorzutäuschen. Zeug_innen aus der Gemeinde La Tejera sagen aus, wie am 1. November maskierte schwerbewaffnete Polizisten in ihre Häuser einbrachen und Kinder und alte Menschen mit dem Tod bedrohten. Die Führungsriege von COPINH wird permanent überwacht und befindet sich auf einer schwarzen Liste potentieller Mordopfer. Was für die einen Musterbeispiel „sauberer“ Grüner Ökonomie und „Entwicklung“ darstellt, ist für die an-

Die Bewohner_innen von Rio Blanco berichten von einem Überfall der Polizei auf ihre Gemeinde.



deren derselbe tödliche Neokolonialismus wie eh und je. Die 2013 mehr denn je ins Zentrum transnationaler Interessen gerückten indigenen Gemeinden stehen inzwischen mit dem Rücken zur Wand. Es bleibt ihnen nicht mehr viel Zeit mit internationaler solidarischer Unterstützung ihre Territorien, ihre Kosmvision und Selbstbestimmung zu verteidigen.

„Wo ein Staudamm gebaut wird, ist eine Mine nicht fern“, heißt es im Gebiet der Lenca-Indigenas. In unmittelbarer Nähe der geplanten Staudämme wurden oft auch Konzessionen für Minen vergeben, da der Bedarf der Minen an Wasser und Strom meist lokal nicht zu decken ist.

Honduras liegt im Zielfeld des aktuellen Minen-Booms, der sich auf ganz Lateinamerika erstreckt und die internationalen und nationalen Minenkonzerne in eine Goldgräberstimmung versetzt hat. Im Juli des Jahres kündigte Präsident Porfirio Lobo an, auf Grundlage eines neuen Minengesetzes 280 weitere Minen-Konzessionen zu vergeben.

Dass die jeweils betroffene Landbevölkerung gegen diese Projekte weitgehend schutzlos ist, zeigt der Fall der Gemeinde Nueva Esperanza im nördlichen Department Atlántida. Während sich die Bewohner_innen weigerten, ihr Land zu verkaufen, begann das honduranische Unternehmen Minerales Victoria in der Umgebung mit Explorationsarbeiten. Im März dieses Jahres stationierte das Unternehmen im Zentrum des etwa 1000 Einwohner zählenden Ortes ein zwölfköpfiges Kommando schwer bewaffneter Männer. Wenig später eröffnete die lokale Polizei einen Posten mit weiteren 10 Polizisten. Zum Vergleich: In der benachbarten Kleinstadt Arizona mit 11.000 Einwohner_innen gibt es drei Polizisten. Die Schule musste geschlossen werden, nachdem der Lehrer sowohl persönlich als auch mit der Entführung seiner Schüler_innen bedroht wurde.

Am 25. Juli 2013 kam es zur zeitweiligen Entführung von Orlane Vidal und Daniel Langmeier, zwei europäischen Menschenrechtsbeobachter_innen, die zu Gast bei einer Familie aus Nueva Esperanza waren. Den beiden wurde gedroht, sie würden „im Wald verloren gehen“, wenn sie noch einmal in die Gemeinde zurückkehrten. Wegen der Entführung liegen inzwischen Haftbefehle vor, die aber bis jetzt nicht umgesetzt wurden. Die gastgebende Familie sah sich nach der Entführung, bei der ihr Haus von Bewaffneten umstellt worden war, gezwungen, die Gemeinde zu verlassen.

„Wir haben alle Vorfälle angezeigt, aber es passiert nichts. Auf der juristischen Ebene haben wir alles versucht“, berichtet Abel Carbajal von der katholischen Pfarrgemeinde. Der Chef des Unternehmens Minerales Victoria, Lenir Pérez, habe gedroht, wenn die Nationale Partei die Wahlen gewinne, werde wenige Tage später die Armee in Nueva Esperanza einmarschieren. Dies hat sich nicht bewahrheitet: Kurz nach der Wahl begann die Firma mit dem Abzug der Bewaffneten und der Baumaschinen. Es wird vermutet, dass die Exploration ein schlechtes Ergebnis hervorbrachte.

In den ländlichen Regionen von Honduras stehen noch zahlreiche weitere Konflikte dieser Art bevor. Politik, Polizei und Justiz vertreten einheitlich die Interessen der dominierenden Machtgruppen, ebenso die privaten Medien, die fast durchgängig in der Hand der honduranischen Oligarchie sind. Auf Unterstützung können betroffene Gemeinden durch die Zivilgesellschaft hoffen. Das Movimiento Amplio por la Dignidad y la Justicia (Breite Bewegung für Würde

*Osman Orellana von
MADJ berät Gemein-
den, die sich gegen
Minenprojekte wehren.*



und Gerechtigkeit, MADJ) ist eine Organisation von Rechts- und ehemaligen Staatsanwälten, die sich der Beratung und Verteidigung der Landbevölkerung in zahlreichen Fällen von Bedrohung durch Minenvorhaben angenommen hat. Internationale Aufmerksamkeit, etwa durch Menschenrechtsbeobachtung, ist dabei ein wichtiger Faktor. Große Hoffnungen machte man sich in den meisten Konfliktgebieten auf eine Veränderung durch einen Wahlsieg der Partei LIBRE.

Wie bei der Frage der Staudämme, spielt auch bei den Bodenschätzen die Art und Weise der Umsetzung die entscheidende Rolle. Während der 2009 weggeputschte Präsident Zelaya die vor der honduranischen Karibikküste entdeckten Ölvorkommen zugun-

sten der Staatskasse ausbeuten wollte, konzessionierte Lobo das Gebiet zu günstigsten Bedingungen an die britische Firma BG. Die indigenen Anwohner_innen der Küstenregion wurden nicht befragt.

Die Straflosigkeit ist die Macht der Oligarchie

Kleinbauernführer_innen, Journalist_innen, Rechtsanwalt_innen, Parteiaktivist_innen, Menschenrechtsverteidiger_innen – wer sich in Honduras politisch engagiert, setzt sein Leben aufs Spiel. Auch bei der „gewöhnlichen“ Kriminalität, die ja in gewisser Weise auch immer politisch ist, finden laut Amnesty International nur in 20% der Fälle überhaupt Ermittlungen statt. Die Straflosigkeit der politischen Morde seit dem Putsch liegt bei 100%. Wer Drohungen erhält, kann nicht auf den Schutz des Staates zählen. Selbst bei den ca. 300 Personen, denen derzeit persönliche Schutzmaßnahmen von der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (CIDH) verordnet wurden, bleibt die Polizei in vielen Fällen untätig. Die Betroffenen verlassen für eine Zeit ihren Wohnort, bringen nach Möglichkeit ihre Kinder außer Landes und leben in ständiger Angst. Im November tauchten zwei „Todeslisten“ mit zahlreichen exponierten Vertreter_innen der Demokratiebewegung auf, darunter Berta Caceres (COPINH), Bertha Oliva (COFADEH) und Felix Molina (Journalist). Bei den Menschenrechtsorganisationen wie COFADEH (Comité de Familiares de



Detenidos-Desaparecidos en Honduras) stapeln sich die Anzeigen wegen Untätigkeit der Staatsanwaltschaften und Gerichte.

Indessen war die öffentliche Sicherheit 2013 zentrales Wahlkampfthema der Rechten. Wenige Wochen vor Jahresende verlängerte der honduranische Kongress zum wiederholten Mal ein Notstandsdekret, das den Einsatz des Militärs für die öffentliche Sicherheit genehmigt.

Der Sicherheitsapparat wird aufgerüstet. Die in diesem Jahr neu gegründeten Militärpolizei-Einheiten TIGRES und PMOP sollen der regierenden Nationalen Partei zufolge den Jugendbanden und internationalen Drogenkartellen Einhalt gebieten. Bertha Oliva, Koordinatorin von COFADEH, sieht darin einen weiteren Schritt zur Militarisierung des Landes. Die mit weitreichenden Befugnissen ausgestatteten Einheiten sind bereits gegen soziale Aktivist_innen in Tegucigalpa eingesetzt worden.

Antatt die öffentliche Sicherheit weiter zu militarisieren, empfehlen Kritiker_innen die stagnierende Säuberung der stark von Korruption und vom organisierten Verbrechen durchsetzten honduranischen Polizei weiterzuführen und eine bürgernahe, kommunitäre Polizei aufzubauen.

„Resistencia“

Im Jahr 2011 hatte sich die Widerstandsbewegung gegen den Putsch FNRP (Frente Nacional de Resistencia Popular) faktisch gespalten: in die von Zelaya und seiner Ehefrau Xiomara Castro angeführte Partei Libertad y Refundación

Polizei und Justiz auf der selben Seite: Protest von COPINH vor dem Justizpalast von Esperanza

(LIBRE) und den außerparlamentarisch orientierten Espacio Refundacional (etwa „Plattform zur Neugründung des Landes“). Dieses Bündnis konzentrierte seine Arbeit auf die Vernetzung lokaler Protestbewegungen, den Schutz ihrer Protagonist_innen durch Menschenrechtsarbeit und den Ausbau eigener Medienstrukturen, besonders kommunitärer Radiosender.

Aus der Spaltung der Bewegung ging jedoch keine Feindschaft hervor: Die beiden profiliertesten Organisationen des Espacio Refundacional, die im Oktober in Plataforma del Movimiento Social y Popular de Honduras umbenannt wurde, OFRANEH und COPINH, standen weiterhin in Kontakt mit der Partei und setzten Hoffnungen auf politische Fortschritte im Falle eines Wahlsiegs der Präsidentschaftskandidatin Xiomara Castro.

Wahlen im November

Die historische Bedeutung der Wahl vom 24. November ist erheblich: Die politischen Institutionen des Landes sind seit Jahrzehnten in den Händen der nationalen Oligarchie, die Unterschiede zwischen den beiden großen Parteien Nationale und Liberale Partei praktisch bedeutungslos. Mit der Partei LIBRE trat erstmals seit der (formalen) Wiedereinführung der Demokratie 1982 eine Kraft aus der Mitte der Bevölkerung auf den Plan. Im Wahlkampf führte sie einen relativ moderaten Diskurs, der sich von den offen linken Regierungen Lateinamerikas wie Venezuela, Nicaragua und Cuba abgrenzt, aber für einen „demokratischen Sozialismus“ eintritt.

In der Demokratiebewegung nach dem Putsch waren Zweifel an der Strategie der Partei LIBRE verbreitet: „Wenn die Elite von Honduras vor einem Putsch nicht zurückschreckt, werden sie uns nach einer Wahl nicht die Macht überlassen“, äußerte beispielsweise die Aktivistin Lorena Zelaya.

So war der Weg zur Wahl von etlichen Behinderungen für LIBRE begleitet, die für sich alleine schon einen Wahlbetrug ausmachen. Im Oktober 2013 gab die kanadische Organisation Rights Action eine „Unvollständige Liste von Tötungen und bewaffneten Angriffen im Kontext des Wahlkampf 2012-13“ heraus: Von den 36 dokumentierten Morden an Kandidat_innen, Aktivist_innen und deren Angehörigen wurden allein 18 an Angehörigen der Partei LIBRE verübt, so viele wie bei allen anderen Parteien zusammen.

Ein klares Missverhältnis zugunsten der regierenden Nationalen Partei bestand in den finanziellen Möglichkeiten zur Durchführung der Kampagne. So ermittelte etwa die Beobachtungsmision der EU, dass 66% der Wahlplakate in Tegucigalpa von der Nationalen Partei aufgestellt wurden.

Weitere Unregelmäßigkeiten betrafen das Wahlregister, hier nennt die EU-Mission eine Fehlerquote von 30%. Die Regierungspartei verteilte in großem Umfang Wahlgeschenke, etwa Küchenherde, und drohte mit der Einstellung von Zahlungen aus dem Armutsbekämpfungsprogramm der Weltbank im Falle ihrer Wahlniederlage.

Nichtsdestotrotz: In fast allen Umfragen im Laufe des Jahres führte die Kandidatin Xiomara Castro, häufig gefolgt von einem weiteren Newcomer,



dem populären Fernsehmoderator Salvador Nasralla, der seine eigene Anti-korruptionspartei (PAC) gegründet hatte.

LIBRE ist die Partei mit der stärksten öffentlichen Unterstützung.

Am Wahlsonntag selbst kam es zu weiteren Unregelmäßigkeiten. Beobachter_innen berichteten von Stimmenkauf durch die Liberale und Nationale Partei, illegalem Handel mit Wahlhelferausweisen zugunsten der Nationalen Partei, Manipulation des Wahlregisters, Abwesenheit der gemeindefremden Wahlaufseher_innen (custodios), wobei es kaum zu gewaltsamen Zwischenfällen kam und die Wahlbeteiligung mit offiziell 61% relativ hoch war. Noch am selben Abend wurde die erste Hochrechnung verkündet, die Juan Orlando Hernández von der Nationalen Partei mit über 34% als Gewinner mit solidem Vorsprung vor Xiomara Castro sah. LIBRE, PAC und zu Beginn auch die Liberale Partei äußerten bereits am Montag, dass sie das Wahlergebnis nicht anerkennen würden.

Einen Tag später, am Dienstag, 26. November, gab die Direktorin der Wahlbeobachtungsmission der EU, die österreichische Grünen-Abgeordnete Ulrike Lunacek, bekannt, die Wahl sei nach ihren Beobachtungen „transparent und friedlich“ verlaufen, auch wenn es im Vorfeld Unregelmäßigkeiten gegeben habe. Die Anfechtung seitens drei der vier großen Parteien erwähnte sie mit keinem Wort – die honduranischen Medien griffen dies dankbar auf. Der Wahlbetrug konnte nicht bewiesen werden. Nach zwei Wochen erklärte der Oberste Wahlrat, seinerseits dominiert von der Nationalen Partei, die Anfechtungen von LIBRE und PAC für nichtig. Xiomara Castro kündigte an, über die 37 gewählten Parlamentsabgeordneten und 31 Bürgermeisterämter Opposition machen zu wollen und regte eine Wiederbelebung der FNRP und damit des

außerparlamentarischen Widerstands an.

Vertreter_innen der Widerstandsbewegung kommentierten das Ergebnis gelassen. Betty Matamoros von Alter Eco, einer Organisation zur Förderung Kommunitärer Radiosender, schätzt den Militaristen und Ultrarechten Juan Orlando Hernández gefährlicher ein als seinen Vorgänger und Parteifreund Lobo: „Mit der Militärpolizei PMOP hat er sich ein Instrument geschaffen, das eigentlich nur er selbst kontrolliert.“ Aber, so Berta Cáceres von der Lenca-Organisation COPINH: „Die 37 Abgeordneten von LIBRE werden ihm schon gewisse Kopfschmerzen machen.“ Es ist immerhin das erste Mal überhaupt, dass die Parteien der Oligarchie im Parlament Gegenwind haben werden. Die Nationale Partei hatte noch vor der Wahl durch eine Verfassungsänderung die Macht des Parlamentes gegenüber dem Präsidenten gestärkt. Nun hat sie dort selbst keine Mehrheit mehr.

Angesichts der Machtverhältnisse wird sich die Arbeit des Ökumenischen Büros zu Honduras 2014 in erster Linie auf Menschenrechtsarbeit und Berichterstattung konzentrieren.

Aktivitäten des Ökumenischen Büros zu Honduras

Wie in den vergangenen Jahren stand in unserer Arbeit zu Honduras Menschenrechtsarbeit und Berichterstattung im Vordergrund. In Zusammenarbeit mit der überregionalen Arbeitsgruppe Honduras Delegation führten wir folgende Aktivitäten durch:

Folgeprojekte der Journalist_innen-Delegation 2012

Im Sommer 2012 befanden sich auf Initiative des Ökumenischen Büros sechs junge Journalist_innen für zwei Monate in Honduras. Sie begleiteten die Radiosender der Organisationen COPINH und OFRANEH und bereiteten ihre Erfahrungen und Recherchen in verschiedenen Medienprodukten auf:

In unserer Zeitschrift Infoblatt Nr. 80 erschien zu Jahresbeginn eine ausführliche Analyse von Jutta Blume zu „Verbrechen und Straflosigkeit“ in Honduras. Mitglieder der Journalist_innen-delegation referierten zudem anlässlich eines Symposiums zum 20jährigen Bestehen des Lateinamerika-Magazins „Quetzal“ in Leipzig über honduranischen Perspektiven zum Thema „Indigene Völker und gesellschaftliche Alternativen“.

Die honduranische Journalistin Dina Meza war im Dezember 2012 zu Gast in Deutschland und Österreich. Sie sprach bei Veranstaltungen in Hamburg, Berlin und Wien über die Situation von Journalist_innen und Menschen-

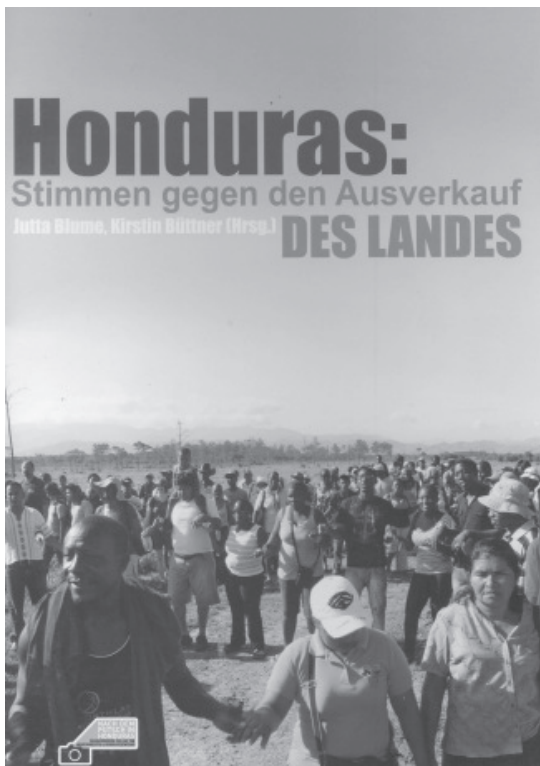
rechtsverteidiger_innen in Honduras. Mitglieder der Journalist_innen-Delegation organisierten in Kooperation mit FIAN Österreich, Reporter ohne Grenzen Österreich und Deutschland und anderen zahlreiche Termine mit österreichischen und deutschen Regierungsstellen, Parlamentarier_innen, NGOs und ermöglichten eine ausführliche Berichterstattung in österreichischen und deutschen Medien, wo zu Beginn des Jahres weitere eigene Reportagen erschienen waren.

Im Juni 2013 erschien der von Kirstin Büttner und Jutta Blume herausgegebene 90seitige Foto- und Interview-Band „Honduras: Stimmen gegen den Ausverkauf“. Der Film „Wo der Tod Teil der Landschaft ist – La voz Lenca no se calla“ (www.youtube.com/watch?v=YYWzj7xX3r8) von Nina Kreuzinger und Andrea Lammers wurde fertiggestellt und in Wien, München, Berlin und Leipzig gezeigt. TV-Premiere war im April 2013 beim kommunalen Wiener Fernsehsender OKTO TV. Seit Jahresmitte ist auch ein Video von Axel Anlauf „Wir haben keine Angst – No tenemos miedo“ über die Arbeit von kommunitären Radiomacher_Innen, die mit ihren Sendungen das Medienmonopol der Mächtigen in Frage stellen, im Internet zu sehen: <http://vimeo.com/67693337>.

Desweiteren rief die Journalist_innen-Delegation zur Unterstützung von „Radio Resistencias“, dem ebenso populären wie permanent vom finanziellen Aus bedrohten oppositionellen Programm bei Radio Globo, auf und sandte eine Grußbotschaft an die Teilnehmer_innen des Caminata, einen Protest-Fußmarsch durch das ganze Land, der Ende Februar unter dem Motto „Schritt für Schritt für die Würde und die Souveränität“ für die Rücknahme des neuen Bergbaugesetzes und der Modellstädte sowie die Freilassung des politischen Gefangenen „Chavelo“ (Isabel Morales) in die Hauptstadt Tegucigalpa unterwegs war.

Menschenrechtsdelegation zur Wahl 2013

Grundgedanke der Delegation war die Fortführung der bisherigen Delegationsreisen 2010, 2011 und des Journalist_innenprojekts 2012: Pflege und Ausbau der Kontakte zu sozialen Bewegungen in Honduras, Schutz der Aktivist_innen



*Interview-Broschüre
„Gegen den Ausverkauf
des Landes“*

durch internationale Aufmerksamkeit, Recherche für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im deutschsprachigen Raum.

An der Reise nahm eine Kerngruppe von sechs Personen teil. Es fanden zwei Vorbereitungswochenenden statt: Vom 31. Mai - 2. Juni in Bonn und vom 4.-6. Oktober in München. Am 31. Oktober präsentierten die Teilnehmer_innen der Delegation Paula Brücher und Andrés Schmidt einen Bildvortrag über die Situation in Honduras vor der Wahl.

Die Gruppe legte sich auf einen Aufenthalt in Honduras zwei Wochen vor und eine Woche nach der Wahl fest. Vor Ort schlossen sich weitere Aktive der Solidaritäts- und Menschenrechtsarbeit zu Honduras an, sodass die Gruppe zeitweise aus bis zu 12 Personen aus Frankreich, Spanien, Italien, Honduras und Finnland bestand. Am Beginn des Programms stand ein Tagesseminar der Friedrich- Ebert-Stiftung Honduras über die Möglichkeiten und Grenzen der radios comunitarias, der Bewegung basisnaher unabhängiger Lokalsender, die oft als (einziges) Sprachrohr der sozialen Bewegungen fungieren. Nach einem Besuch beim deutschen Botschafter und einer Pressekonferenz begab sich die Gruppe auf eine zehntägige Rundreise durch den Norden des Landes. Stationen waren: Die Lenca-Organisation COPINH, zwei Gemeinden, die von Staudammprojekten betroffen sind, das Forum gegen die Minenprojekte in Santa Barbara, ein Staudamm der staatlichen Energieerzeugungsgesellschaft, die Anwaltsorganisation MADJ in San Pedro Sula, das jesuitische Sozialforschungszentrum ERIC und die Kooperativenorganisation CNTC in El Progreso, die Garifuna-Organisation OFRANEH in Triunfo de la Cruz an der Karibikküste, die Bewohner_innen der von einem Minenprojekt bedrohten Gemeinde Nueva Esperanza, dem politischen Gefangenen Chavelo im Gefängnis El Porvenir, das Menschenrechts-Beobachtungszentrum für die Region Bajo Aguán in Tocoa sowie die Kleinbauernkooperative El Vallecito im Bajo Aguán.

Den Wahltag selbst verbrachten die Delegationsteilnehmer_innen als Beobachter_innen für die Organisation COFADEH in Wahllokalen in Santa Ana, San Esteban, Tegucigalpa und La Esperanza-Intibucá. Sie beobachteten zahlreiche Unregelmäßigkeiten. Anlässlich einer von COFADEH organisierten Pressekonferenz kritisierten auch andere internationale Wahlbeobachtungsdelegationen den Verlauf des Wahltages scharf, so die Delegationen des Honduras Solidarity Network, La Voz de los de Abajo, National Lawyers Guild (USA/Kanada) Jubileo Sur (Zentralamerika) und andere. Der Bericht der Internationalen Menschenrechts-Föderation (FIDH) sprach ebenfalls von massiven Unregelmäßigkeiten.

Bei einem Treffen mit der EU-Mission am Tag nach der Wahl wies unsere Delegationsgruppe auf diese Beobachtungen hin. Wegen der voreiligen Bestätigung des Wahlergebnisses durch die Wahlbeobachtungsmision der EU versendeten wir anschließend einen offenen Brief an die Direktorin der Mission, Ulrike Lunacek.

Weitere Termine in der Woche nach der Wahl waren ein Gespräch mit

dem Botschafter der EU in Tegucigalpa, mit Hermilo Soto vom Lutherischen Weltbund, dem Gewerkschaftsführer Carlos H. Reyes und die Beobachtung einer Demonstration der Partei LIBRE, bei der außer dem Wahlbetrug ein weiterer Mord an einem führenden Aktivisten der Partei angeprangert wurde.

Die Delegation veröffentlichte Berichte über ihre Recherchen unter anderem in den Medien *amerika 21*, *Lateinamerika Nachrichten*, *analyse&kritik*,



*Pressekonferenz
der Delegation mit
Bertha Oliva von der
Menschenrechts-
organisation
COFADEH*

Neues Deutschland, *Radio Onda*, *detektor.fm*, *Quetzal*, *Grüne Bildungswerkstatt Österreich*.

Am 10. Dezember fand in Stuttgart eine Veranstaltung mit dem Titel „Wenn der Staat keinen Schutz gewährt – Rechtsstaatlichkeit unter Beobachtung in Guatemala, Honduras und Mexiko“ statt. Dort hielt unser hauptamtlicher Mitarbeiter Andrés Schmidt einen Bildvortrag über die Ergebnisse der Delegationsreise.

Offener Brief an Turbinen-Zulieferer Voith Hydro

Am 11. Juli 2013 sendeten wir angesichts der schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit dem Staudammprojekt „*Agua Zarca*“ einen Offenen Brief an den Heidenheimer Turbinenhersteller. Dort heißt es unter anderem: „Auch wenn die Firma Voith Hydro GmbH bei dem Projekt *Agua Zarca* ‘nur’ Zulieferer ist, wird sie dadurch nicht von ihrer ethischen Verantwortung entbunden. Im Gegenteil: Ihr Unternehmen trägt ein hohes Maß an Verantwortung für Umwelt und Gesellschaft im In- und Ausland. Corporate Social Responsibility beschreibt das gesellschaftliche Engagement über gesetzliche Regulierung hinaus! Das Projekt *Agua Zarca* zerstört fruchtbares und seit

Jahrhunderten den indigenen Gemeinden angestammtes Land, das der lokalen Bevölkerung und deren nachfolgenden Generationen als Lebensgrundlage dient. Ihre eigenen ethischen Grundsätze werden durch die Beteiligung an einem Projekt, welches mit Gewalt gegen den Willen der lokalen Bevölkerung durchgesetzt wird und auf der Grundlage von Rechtsbrüchen und Menschenrechtsverletzungen basiert, ad absurdum geführt. Aufgrund der oben beschriebenen Vorfälle fordern wir die Firma Voith Hydro GmbH auf, sich aus dem Projekt Agua Zarca zurückzuziehen und den Vertrag mit ihrem Partner DESA, welcher klar in Menschenrechtsverletzungen verwickelt ist, zu annullieren.“

Eilaktionen und Spendenaufrufe

Wenige Tage später gab es den ersten Toten vor dem Tor der Baustelle und wir starteten eine Eilaktion mit der Aufforderung an die honduranische Regierung Leben und Unversehrtheit der Staudammgegner_innen zu gewährleisten, Ermittlungen und einen rechtsstaatlichen Prozess wegen außergerichtlicher Hinrichtung gegen den unmittelbaren Täter und seine Vorgesetzten voranzutreiben sowie die freie Meinungsäußerung und die Rechte der Menschenrechtsverteidiger_innen und indigenen Gemeinden zu gewährleisten. In den nächsten Monaten folgten eine Reihe weiterer Eilaktionen und Informations-Updates zum Staudammprojekt „Agua Zarca“, nicht zuletzt gegen die Kriminalisierung von COPINH. Wir danken allen, die sich 2013 für die Rechte der Lenca-Gemeinden stark gemacht haben, besonders auch den deutschen und österreichischen Bundestags- und Europaabgeordneten, die sich bei der honduranischen Regierung eingesetzt haben und dadurch den Schutz für die Gemeinden und COPINH wesentlich erhöhen konnten.

Für die Arbeit der Gemeinden der Region Rio Blanco und von COPINH liefen in diesem Jahr mehrere Spendenaufrufe: Seit dem 18. Dezember für den Aufbau eines Gemeindehauses und Menschenrechtsbeobachtungscamps in La Tejera. Wenige Tage zuvor konnten wir in kürzester Zeit 1.000 Euro für die Logistik des Aktionstages am 16. Dezember sammeln, der unter anderem der Fortbildung zum Thema Konsultationen diente. Drei weitere Spendenaufrufe dienten den Anwaltskosten von Berta, Tomás und Aureliano (siehe S. 18) sowie dem Unterhalt der kommunalen Radios und des Büros von COPINH, für Fahrkosten und Mobilisierungen. Die Spender_innen haben einen wirksamen Beitrag geleistet für das Weiterleben einer landesweit bedeutenden, radikal-demokratischen Organisation im Kampf um eine neue Verfassung, für Frauenrechte und Ökologie, gegen Rassismus und internationale Ausbeutung.

Seminar der HondurasDelegation

Am 11.-13. Januar 2013 trafen sich Mitglieder der Arbeitsgruppe HondurasDelegation und Interessierte zu einem Koordinationstreffen in den

Räumen des Medienkombinat Berlin. Zentrale Punkte waren:

- Der Aufbau einer Infrastruktur zur Menschenrechtsbeobachtung in Honduras, die es ermöglicht, auf lange Sicht kontinuierlich Personen in Deutschland für einen temporären Einsatz als Beobachter_in zu gewinnen, vorzubereiten und zu betreuen.
- Die Planung der Delegationsreise zu den Wahlen.

An dem Seminar nahmen 13 Personen teil.



Gemeinsam mit FIAN München präsentiert das Ökumenische Büro drei Gäste aus Honduras im EineWeltHaus

Honduras im Widerstand – live in München

Honduras im Widerstand – live in München Am 30. September 2013 traten drei Menschenrechtsverteidiger_innen aus Honduras bei einer gemeinsamen Veranstaltung des Ökumenischen Büros mit FIAN München im EineWeltHaus auf: Gilda Rivera Sierra, Heriberto Alemán Rodríguez und die Sängerin und Aktivistin Karla Lara, bekannt als die „Stimme des Widerstands“ in Honduras. Die drei Gäste berichteten, diskutierten und musizierten zum Landkonflikt im Bajo Aguán, zu Frauenrechten in Honduras und den Möglichkeiten, unter extrem widrigen Umständen künstlerische und politische Freiräume zu bewahren. Tags darauf begleiteten wir alle drei zum Interview beim Bayerischen Rundfunk, aus dem eine Sendung für das „Notizbuch“ entstand.

Beiträge zum BUKO-Kongress

Beim BUKO-Kongress in München präsentierte das Ökumenische Büro eine Veranstaltung mit dem italienisch-nicaraguanischen Journalisten Giorgio Trucchi, der seinen Film „Grito por la Tierra“ über die Landkämpfe in Bajo Aguan präsentierte, sowie den Film „Wo der Tod Teil der Landschaft ist“ von den Teilnehmerinnen des Journalist_innenprojekts Honduras 2012, Andrea Lammers und Nina Kreuzinger, über die Lenca-Organisation COPINH.

Mexiko

Länderbericht

Die politische Situation und die Menschenrechtslage in Mexiko sind so komplex und vielfältig wie das Land selbst – aus diesem Grund ist es nicht unser Anliegen, eine flächendeckende Analyse der aktuellen Situation zu liefern. Wir werden uns auf die für unsere Arbeit wichtigsten Ereignisse konzentrieren.

Neoliberale Reformen der Regierung Peña Nieto

Wenn wir das erste Jahr der Regierung von Enrique Peña Nieto und die Rückkehr der PRI (*Partido Revolucionario Institucional*) als Regierungspartei in Mexiko in einen Satz zusammenfassen wollten, könnten wir schreiben: „Jahr der Ankündigungen und der Repression“.

Am 2. Dezember 2012, einen Tag nach dem Regierungswechsel, wurde der sogenannte *Pacto por México* unterzeichnet. Dieser Pakt sieht eine Reihe von Reformen vor, die nach Einschätzung unserer Partnerorganisationen vor allem zum Ziel haben, das neoliberale Wirtschaftsmodell zu vertiefen. Carlos



Mit der Privatisierung von Pemex befürchten viele den Untergang des Ölkonzerns.

Fazio, Professor der *Universidad Nacional Autónoma de México* (UNAM) in Mexiko-Stadt und Publizist bei der Zeitung *La Jornada*, spricht von einer Übergabe der „Kronjuwelen“ Erdöl, Erdgas und Elektrizität an die sogenannten Kräfte des Marktes.

Die wichtigsten Inhalte des Paktes sind die Bildungs- und Energiereform. Dabei zielt die Bildungsreform nicht etwa auf eine Verbesserung der Lehre ab. Vielmehr handelt sich dabei um die Abschaffung arbeitsrechtlicher Errungenschaften der Lehrer_innen. Eine bedenkliche Entwicklung, denn auch wenn die Lehrgewerkschaften als korrupt gelten, rechtfertigt das nicht, die Arbeitsbedingungen des Lehrpersonals systematisch zu verschlechtern, denn der Qualität der öffentlichen Bildung kann das nur schaden.

Die Energiereform wiederum zielt darauf ab, den Energiesektor für privates Kapital zu öffnen. Auch wenn die Befürworter der Energiereform es dementieren, handelt es sich um eine schleichende Privatisierung des Sektors. Kritiker_innen fürchten vor allem, dass sich internationale Konzerne an der Erdölförderung beteiligen, die dann ihre Gewinne nicht wieder in Mexiko investieren sondern ins Ausland abziehen. Das ist vor allem deswegen bedrohlich, weil die Einnahmen des staatlichen Ölkonzerns Pemex das Rückgrat des sozialen Systems in Mexiko bilden, trotz Unregelmäßigkeiten und Korruption. Ähnliche Privatisierungs-Experimente in anderen lateinamerikanischen Ländern haben bewiesen, dass die erwarteten Investitionen und Dividenden für die öffentlichen Kassen ausgeblieben sind.

Nach Meinung des vielleicht bekanntesten Gegners der Energiereform, des ehemaligen Präsidentschaftskandidaten der PRD (*Partido de la Revolución Democrática*) Cuauhtémoc Cárdenas, dient diese Reform den Interessen der amerikanischen und kanadischen Konzerne. Unter Cárdenas' Vater, Lazaro, wurde die Erdölindustrie im Jahr 1938 verstaatlicht.

Repression gegen soziale Bewegungen

Die Pläne des *Pacto pro México* waren wie Öl im Feuer der ohnehin angeheizten Proteststimmung im Lande. Denn die Regierung ignoriert nicht nur die Meinung der Bevölkerung, sondern verspottet sie geradezu: Am 19. Dezember bezeichnete der Abgeordnete Manlio Fabio Beltrones von der Regierungspartei PRI die Kritiker_innen als scheinheilige Nationalisten.

Die zahlreichen Proteste werden kriminalisiert und gewaltsam unterdrückt. Schon zur Amtsübernahme am 1. Dezember 2012 machte die neue Regierung deutlich, dass sie entschlossen ist, hart durchzugreifen. Da es während des Wahlprozesses viele Unregelmäßigkeiten gegeben hatte (siehe Jahresbericht 2012), versammelten sich viele Menschen zu öffentlichen Protestkundgebungen gegen die Wahl von Enrique Peña Nieto. Es gab über hundert Verletzte und vierzehn Festnahmen.¹ Die Kriminalisierung von sozialen Protesten und die stärkere Repression unter der PRI-Präsidentschaft zeigen sich noch an anderen Beispielen. Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Proteste zum 2. Okto-

ber 2013, bei denen wie jedes Jahr an die Opfer des Massakers von Tlatelolco im Jahr 1968 erinnert wird. Während der Demonstration kam es zu willkürlichen Verhaftungen, Mitglieder unserer Partnerorganisation *Menschenrechtszentrum »Miguel Agustín Pro Juárez«*, die die Festnahmen dokumentiert haben, wurden von den Sicherheitskräften angegriffen.

Diese Situation stellt ein Novum dar und zeugt von einer Verschärfung der Repression in Mexiko. Denn die Übergriffe sind keine Einzelfälle, sondern Teil einer Strategie der Regierung. Laut einem Bericht der Zeitschrift *Proceso* wird im aktuellen Konzept der Polizer von Mexiko-Stadt sogar der Einsatz von Feuerwaffen bei Demonstrationen diskutiert.²



Dokumentation unerwünscht: Menschenrechtsverteidiger_innen demonstrieren gegen Übergriffe und werden selbst angegriffen.

Die Regierungspläne zur Entwicklung des Landes ziehen weiterhin Menschenrechtsverletzungen nach sich. Selbst bei Projekten, die hier in Deutschland von progressiven Kreisen positiv betrachtet werden, werden die Rechte der Bevölkerung in Mexiko massiv missachtet.

Zum Beispiel im Isthmus von Tehuantepec, wo große Windparkanlagen errichtet werden sollen.³ Seit mehr als zwei Jahren hat das Ökumenische Büro Kontakt mit Kollektiven und Aktivist_innen aus dieser Region, die Situation dort verschlechtert sich zusehends. So wurde unser Mexiko-Referent im Januar Zeuge, wie Bettina Cruz, die sich gegen die Windparks engagiert, in ihrem Haus in Juchitan bedroht wurde; inzwischen hat sie wegen der Angriffe ihren Wohnort verlassen. Und sie ist nicht die einzige, die um ihre Unversehrtheit bangen muss. Am 1. August starb Héctor Regalado Jiménez. Er war im Juli angegriffen und mit sechs Schüssen verletzt worden. Die Aktivist_innen in Juchitan berichteten uns, dass die Angreifer Auftragskiller im Auftrag des spanischen Konzerns *Gas Natural - Unión Fenosa* seien. Zudem wurden die Täter von Polizisten begleitet, die zur Überwachung der Baustelle des Konzerns zugeteilt waren, der mexikanische Staat ist also zum Mittäter geworden.



Wir erwähnen hier nur beispielhafte Fälle von Verfolgung und Übergriffen auf Aktivist_innen, die ihre Stimme gegen Großprojekte in Mexiko erheben. Genauso wie im Isthmus von Tehuantepec sind zum Beispiel auch in Oaxaca die Gegner_innen von Bergbau- und Staudammprojekten der Repression ausgesetzt.

Frauen haben eine wichtige Rolle: Protest gegen Windparks auf der Landenge von Tehuantepec

Die kommunalen Menschenrechtsverteidiger_innen sind laut Marcos Leyva, Direktor unserer Partnerorganisation EDUCA aus Oaxaca, am verletzbarsten. Denn sie sind genau dort aktiv, wo die Menschenrechtsverletzungen geschehen, und befinden sich in der Regel auch noch in sehr abgelegenen Regionen. In Oaxaca gibt es pro Tag durchschnittlich vier Angriffe auf kommunale Menschenrechtsverteidiger_innen. Das Ökumenische Büro plant für die nächsten Jahre, diese Situation hier in Deutschland und Europa bekannt zu machen. Denn nicht selten stehen diese Aggressionen in Zusammenhang mit Aktivitäten von internationalen Konzernen, die ihre Zentralen teilweise in Europa und hierzulande haben.

Neben den Menschenrechtsverteidiger_innen leben auch Journalist_innen gefährlich. Mexiko ist zwar nicht mehr das riskanteste Land für diese Berufsgruppe, aber Übergriffe sind auf der Tagesordnung. Die Journalistin Lucy Sosa aus Ciudad Juárez erzählte uns, dass sie auf der einen Seite Attacken des sogenannten Organisierten Verbrechens fürchtet, welche in die Regel straffrei bleiben, so wie der Mord an ihrem Kollegen José Armando Rodríguez Carreón vor fünf Jahren.⁴ Andererseits muss sie sich auch vor dem Staat selber fürchten, denn sobald ein Bericht nicht gefällt, laufen in den Führungsetagen der Herausgeber die Telefone heiß. Häufig wird dann gedroht, keine offiziellen Anzeigen mehr zu schalten. Da diese aber eine wichtige Finanzierungsquelle für viele Zeitungen sind, unterwerfen sich die Redaktionen einer Art Selbstzensur. Lucy

Verweigerte Gerechtigkeit: Die Theatergruppe Telón de Arena kämpft weiter gegen die Straflosigkeit.



Sosa hat mit vier weiteren Kolleg_innen in Ciudad Juárez eine Netzwerk von unabhängigen Journalist_innen gegründet, damit sie ihre Berichterstattung freier gestalten können. Wir werden uns bemühen, dieses Projekt mit vergleichbaren Initiativen hier in Verbindung zu bringen.

Frauenmorde

Das Ökumenische Büro gehörte mit zu den ersten, die das Thema Frauenmorde in Mexiko hier in öffentlich bekannt gemacht hat. Uns freut es sehr, dass heute viele Organisationen, Kollektive und Einzelpersonen sich um dieses Thema kümmern, so haben wir eines

der Ziele unserer Kampagne „Ni una más“ erreicht. Dies ist aber kein Grund, bei unseren Anstrengungen nachzulassen, denn das Problem ist in Mexiko weiterhin gravierend.

Im Jahr 2009 erreichten Angehörige der ermordeten Frauen einen Meilenstein in ihrem Kampf gegen die Straflosigkeit, der mexikanische Staat wurde vom Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof im Fall „Campo Algodonero“ verurteilt.⁵ Doch obwohl das Urteil rechtlich bindend ist, wurden bisher nur wenige Punkte daraus vollständig erfüllt. Insbesondere die Verpflichtung, dass sich solche Fälle nicht wiederholen dürfen, ist nicht eingehalten worden, denn in Mexiko werden weiterhin Frauen ermordet, nur weil sie Frauen sind. Das *Comité de América Latina y el Caribe para la Defensa de los Derechos de las Mujeres* (CLADEM) hat im Mai deutlich auf die Nichteinhaltung des Urteils hingewiesen.⁶

Nächstes Jahr werden wir in Zusammenarbeit mit der Theatertruppe *Telón de Arena* aus Ciudad Juárez auf das Thema aufmerksam machen, sie werden in April eine Tournee mit dem Stück „*Justicia negada*“ unternehmen.

Gesellschaftliche Gewalt

Nicht wenige Menschen hatten die Hoffnung, dass eine Regierung der PRI in der Lage sei, Stabilität für das Land zu garantieren. In Deutschland entstand für manche sogar der Eindruck, dass der sogenannte Drogenkrieg vorbei ist. Doch während der Dienstreise unseres Mexiko-Referenten erklärten unsere Gesprächspartner_innen von verschiedenen Organisationen und Kollektiven,

dass der Unterschied zur Calderon-Regierung vor allem darin besteht, die Gewalt nicht in den Medien präsent zu machen; die Zahl der Morde, Hinrichtungen, Entführungen und Verschwundenen ist nicht wesentlich zurückgegangen.

Die Kommunikationsstrategie der Regierung, das Problem einfach totzuschweigen, macht gerade bei der Problematik der Verschwundenen die Situation noch schwieriger. Denn selbst wenn die Sicherheitskräfte des Staates nicht beteiligt wären, wäre der Staat für die Verschwundenen verantwortlich, betonen Angehörige. Denn der Staat kann die Sicherheit seiner Bürger_innen nicht gewährleisten.

Armut und soziale Situation

Die Armut in Mexiko hat zugenommen, berichtet das *Instituto Tecnológico de Monterrey*, einer der renommiertesten Privatuniversitäten des Landes.⁷ Für das erste Jahr der Regierung von Peña Nieto liegen noch keine Daten vor, doch angesichts der Vertiefung der neoliberalen Reformen haben wir wenig Hoffnung auf eine Kehrtwende.

Die Region Montaña im Bundesstaat Guerrero zum Beispiel ist eine der ärmsten in Mexiko. Die Bevölkerung - mehrheitlich Indigene - kann nicht vom saisonalen Anbau von Mais und Bohnen leben. Ganze Familien fahren in die großen Agrarregionen in den nördlichen Bundesstaaten, wie Sinaloa oder Sonora, und lassen sich als landwirtschaftliche Tagelöhner_innen anheuern. Die Arbeitsbedingungen sind miserabel, Rechte werden nicht respektiert. Seit Jahren unterstützen unsere Partner_innen vom *Centro Tlachinollan* die Arbeit des Rates der landwirtschaftlichen Tagelöhner_innen (*Consejo de Jornaleros Agrícolas de la Montaña*), beraten sie in Rechtsangelegenheiten und setzen

Arbeitende Kinder aus Guerrero als Tagelöhner in der Landwirtschaft im Norden von Mexiko





sich dafür ein, diese vergessene Migration bekannt zu machen. Wir haben beschlossen, diese Situation hierzulande zu thematisieren. Für nächstes Jahr planen wir eine Rundreise mit einem Angehörigen des Rates der Tagelöhner_innen und einem Mitglied von *Tlachinollan*.

Tribunal Permanente de los Pueblos und UNO-Beobachtung in Mexiko

Im Jahr 2013 hat sich das Ökumenische Büro mit den Initiativen *Tribunal Permanente de los Pueblos* (Permanentes Tribunal der Völker, TPP) und dem *Universal Periodic Review*-Verfahren der UNO (UPR) befasst.

Das TPP wurde 1979 in Italien gegründet. Es steht in der Nachfolge der Russell-Tribunale, die von 1966 bis 1967 die US-Verbrechen im Vietnamkrieg aufarbeiteten, später über die lateinamerikanischen Diktaturen Gericht hielten und in den siebzig Jahren auch die politische Repression in der BRD untersuchten. Dem Tribunal gehören 130 oft hochrangige Mitglieder aus aller Welt an. Es hat sich zur Aufgabe gemacht, als ständige Instanz den Opfern von Menschenrechtsverletzungen eine Stimme zu geben und begangene Verbrechen sichtbar zu machen. Seit seiner Gründung hat das TPP in verschiedenen Ländern insgesamt 35 Sitzungen durchgeführt.

Die Urteile des TPP haben keinen bindenden Charakter, vielmehr wird es als Ethik- oder Gewissenstribunal bezeichnet. Immer dann, wenn die Versuche der kollektiven und individuellen Opfer scheitern, ihre Rechte vor staatlichen Instanzen einzuklagen, sieht sich das Tribunal gefordert. Es geht dabei um eine Hilfestellung, „damit die Wahrheit ans Licht kommt“, wie es TPP-Mitglied Philippe Texier in Mexiko ausdrückte. In diesem Sinne versteht sich das Völkertribunal auch als ein potenzielles Instrument für soziale Bewegungen, das Schweigen zu durchbrechen.⁸

Im Jahr 2011 hat das TPP ein Tribunal zu Mexiko eröffnet, angeklagt ist der mexikanische Staat, im Rahmen von Freihandelspolitik, Drogenkrieg und Straflosigkeit grundlegende Menschenrechte der Bevölkerung in Mexiko verletzt zu haben. Nächstes Jahr soll das abschließende Urteil gesprochen werden. Das Ökumenische Büro wird das Organisationskomitee des TPP in Mexiko unterstützen und seine Anliegen hier in der BRD in die Öffentlichkeit tragen.

Ein anderes Verfahren, bei dem der mexikanische Staat für seine Menschenrechtsverletzungen in der Kritik stehen wird, ist das UPR-Verfahren (*Universal Periodic Review* der UNO). Es ist als zwischenstaatliches Instrument an den Menschenrechtsrat der UNO angeschlossen. Im Engagement der mexikanischen Zivilgesellschaft in diesem Prozess sehen wir einen wichtigen Bei-

trag auf der Suche nach Auswegen aus der Krise. Fast vierzig Organisationen (und darüber hinaus auch die mehr als siebzig Mitglieder des Netzwerkes „Alle Rechte für Alle“, die indirekt an dem Prozess teilgenommen haben) haben für das UPR-Verfahren einen gemeinsamen Bericht über die Lage der Menschenrechte in Mexiko herausgegeben und Vorschläge für Empfehlungen und Fragen an den mexikanischen Staat erarbeitet. Dies zeugt von einem bedeutenden Organisationsprozess.



20 Jahre zapatistischer Aufstand

Es gibt ein Ereignis, das wir auf keinen Fall vergessen wollen. Vor 20 Jahren, am 1. Januar 1994, parallel zum Inkrafttreten des Freihandelsabkommens von Nordamerika (NAFTA), erhoben sich die *zapatistas* in Chiapas. Nichts blieb wie es war. Wir mussten uns an ganz neue Begriffe gewöhnen, wie „gehorchend regieren“, „für eine Welt, in die viele Welten passen“ und „*ya basta*“. Über diese 20 Jahre wird dieser Tage viel geschrieben. Die *zapatistas* haben wie kaum eine andere Guerrilla den Satz von Emma Goldman verstanden: „Wenn ich nicht tanzen kann, ist es nicht meine Revolution“. Deswegen wird unsere erste Aktivität des Büros im Jahr 2014 die Rundreise „Toda música es política – Jede Musik ist Politik – Zapatismus und Musik“ sein.

Seien wir ehrlich, wer hat am 1. Januar 1994 gedacht, dass wir den 20. Jahrestag des Aufstandes feiern werden; ich nicht... ach, wie schön dass ich mich geirrt habe.

FELIZ CUMPLE COMPAS!!!

„Wenn ich nicht tanzen kann, ist es nicht meine Revolution!“ Niemand hat Emma Goldman besser verstanden als die Zapatistas.

Aktivitäten des Ökumenischen Büros zu Mexiko

Rundreisen und Begleitung von Aktivist_innen in Europa

Um die Arbeit unserer Partnerorganisationen aus Mexiko für das *Universal Periodic Review (UPR)*-Verfahren des UN-Menschenrechtsrates (siehe S. 38) zu unterstützen, organisierten wir eine Rundreise mit Vertreter_innen von vier mexikanischen Menschenrechtsorganisationen. In zahlreichen Gesprächen in Brüssel, Berlin, Prag, Genf, Bern, Wien und London stellten die vier den NGO-Bericht über die Menschenrechtssituation in Mexiko für das UPR-Verfahren vor und präsentierten einen Fragen- und Empfehlungskatalog. In Genf trafen sie auf die Delegationen der Länder, die nicht besucht werden konnten, aber für eine aktive Teilnahme in den UPR-Sitzungen bekannt sind.



Bettina Cruz bei den Protesten gegen den Klimagipfel in Kopenhagen 2011

Die Reise stellte einen großen organisatorischen Aufwand dar – die Kosten konnten wir Dank der Solidarität vieler Menschen niedrig halten, welche uns Unterkunft gewährten. Arbeit und Aufwand haben sich gelohnt, denn die Vorschläge der mexikanischen Organisationen wurden von jeder Delegation, die wir kontaktiert haben, aufgenommen. Wir werden weiter gemeinsam dafür arbeiten, dass der mexikanische Staat alle Empfehlungen akzeptiert und uns

dafür einsetzen, dass diese dann auch umgesetzt werden.

Die *Copenhagen Initiative für Zentralamerika und Mexiko* (CIFCA) und andere Organisationen veranstalteten im März 2013 im Europaparlament ein Forum zur Evaluierung der sogenannten LIFE-Projekte - eines Finanzinstruments der EU zur Förderung von Umweltmaßnahmen. Bettina Cruz, Aktivistin aus Juchitan und Mitglied der Versammlung der Indigenen Völker der Landenge von Tehuantepec zur Verteidigung von Land und Territorium (*Asamblea de Pueblos Indígenas del Istmo de Tehuantepec*) wurde eingeladen, um über die Folgen der Errichtung der Windparks für die Region zu berichten. Wir begleiteten Bettina nach Genf und arrangierten für sie Treffen mit Mitarbeiter_innen verschiedener Berichtersteller_innen und Arbeitsgruppen des Menschenrechtsrates der UNO. Cruz machte deutlich, dass die Bevölkerung im Isthmus von Tehuantepec nicht gegen die Windenergie an sich opponiert, sondern gegen der Verletzung ihrer Rechte, die durch den Aufbau der Windparks begangen wird.



Durchgefallen: Mexiko vor dem UN-Menschenrechtsrat

Dienstreisen des Mexiko-Referenten nach Mexiko

2013 reiste unser Mexiko-Referent Daniel Tapia zwei Mal nach Mexiko. Im Januar besuchte er Mexiko-Stadt, Ciudad Juárez, Oaxaca-Stadt, Juchitan in Oaxaca und Tlapa in Guerrero. Wichtig war insbesondere der Austausch mit Organisationen, die den Bericht der Zivilgesellschaft für das UPR-Verfahren erstellten. Unser Referent konnte Erfahrungen aus der ersten Runde des Verfahrens 2009/10 einbringen und die Rundreise der mexikanischen Menschenrechtsverteidiger_innen planen, die schließlich im Juni im Zusammenarbeit mit der Mexiko-Menschenrechts-Koordination organisiert wurde (siehe oben).

In Oaxaca traf Daniel Tapia Mitglieder der Organisation *Servicios para una Educación Alternativa (EDUCA)* und des Kollektivs *C.A.C.I.T.A. (Centro Autónomo para la Creación Intercultural de Tecnologías Apropriadas)* die Unterstützung in der Vorbereitung einer Karawane durch Mittelamerika anfragten. Die Karawane hat das Ziel, verschiedene Kämpfe gegen Megaprojekte in der Region zu vernetzen. Wir vermittelten unseren mexikanische Partner_innen Kontakte des Ökumenischen Büros in Honduras, El Salvador und Nicaragua und werden sie auch im Fundraising für das Projekt unterstützen.

Presseerklärung gegen Morddrohungen an Bettina Cruz

In Juchitán wurde unser Mexiko-Referent Zeuge von Morddrohungen gegen die indigene Aktivistin Bettina Cruz (siehe S. 34). Das Ökumenische Büro gab eine Erklärung an die mexikanische Presse heraus, in der wir die Bedrohungen gegen die Aktivistin verurteilten, die Rolle der interessierten Konzerne als potentielle Anstifter derartiger Drohungen anprangerten und die Verantwortung der Regierung des Bundesstaats Oaxaca für die Wahrung der physischen und psychischen Unversehrtheit von Bettina Cruz anmahnten.

Erklärung zum fünften Jahrestag der Ermordung von José Armando Rodríguez

Eine weitere Presseerklärung veröffentlichte das Ökumenische Büro zum fünften Jahrestag der Ermordung von José Armando Rodríguez Carreón, eines Journalisten aus Ciudad Juárez (siehe S. 35). Wir machten auf die Straflosigkeit in diesem Fall aufmerksam und forderten die Behörden auf, den Journalist_innen Garantien für ihre Sicherheit und die Ausübung ihrer Tätigkeit zu geben.

Eine zweite Dienstreise im Oktober/November 2013 fand gemeinsam mit einer hauptamtlichen Mitarbeiterin der Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko statt. Die Vertreter_innen der mexikanischen Partnerorganisationen des Ökumenischen Büros und der Mexiko Menschenrechtskoordination zogen Bilanz über das erste Jahr der Regierung Peña Nieto und zeigten sich besorgt über die Verschlechterung der Lage der Menschenrechte im Land. So berichtete Marcos Leyva, Direktor von *EDUCA* in Oaxaca, über eine Zunahme der Übergriffe gegen Menschenrechtsverteidiger_innen. Er berichtete von durchschnittlich vier Angriffe am Tag im Bundesstaat Oaxaca. *EDUCA* gewinne seine Daten aus Presseartikeln, die Regierung führe keinerlei Register zu diesem Thema.

Weitere Stationen der Reise waren Juchitan und Tlaxcala. In Juchitan berichteten Mitglieder von Radio Totopo, einem freien, kommunitären Radio, über aktuelle Bedrohungen gegen Aktivist_innen und Menschenrechtsverteidiger_innen aufgrund ihrer Opposition gegen den Bau von Windparkanlagen auf dem Isthmus von Tehuantepec (siehe S.34). In Tlaxcala nahmen die beiden Reisenden an einer Anhörung des *Permanentes Tribunals der Völker* (siehe S. 38) zum Thema Umweltzerstörung teil.

Film und Diskussion mit Luz Kerkeling

Im Dezember zeigten wir in einer sehr gut besuchten Veranstaltung im Kafe Marat in München den Film „Wenn das Land zur Ware wird.“ und diskutierten mit dem Filmemacher Luz Kerkeling.

Das Kollektiv Zwischenzeit e.V. beschäftigt sich in diesem Film mit der Problematik des Landraubs in Chiapas. Dieser Raubzug richtet sich insbesondere gegen viele Menschen im Globalen Süden, deren Umwelt zum Nutzen anderer geplündert und verschmutzt wird. Damit einher geht die oft gezielte Zerstörung ihrer Lebensweise, die auf Selbstversorgung, Selbstorganisation und dem Versuch basiert, in Einklang mit der Natur zu leben. Der Film lässt betroffene Personen, widerständige Organisationen und auch Vertreter_innen aus Politik und Wirtschaft zu Wort kommen. Neben dem Widerstand der Bevölkerung zeigt der Film auch die Zusammenhänge zum Globalen Norden auf, denn die Nachfrage nach Palmöl, Biosprit und der Bedarf an exotischem Tourismus wachsen weiter.

- ¹ <http://www.jornada.unam.mx/2012/12/02/politica/008n1pol>
- ² <http://www.proceso.com.mx/?p=355927>
- ³ <http://www.oeku-buero.de/jahresbericht-2012/articles/laenderbericht-mexiko-891.html>
- ⁴ http://diario.mx/Local/2013-11-12_da99455f/a-5-anos-fiscalia-da-sexta-version-sobre-crimen-de-el-choco-asesino-esta-muerto/
- ⁵ <http://www.campoalgodonero.org.mx/condena>
- ⁶ <http://alainet.org/active/63971&lang=es>
- ⁷ http://www.idic.mx/adminIdic/images_publicaciones/07_02_Semanal66_SexenioPobrezaenMexico.pdf
- ⁸ http://www.ila-bonn.de/artikel/ila351/mexico_voelkertribunal.htm



Nicaragua

Länderbericht

Fast während des ganzen Jahres 2013 wurde die Politik in Nicaragua von den Außenbeziehungen geprägt, insbesondere durch die Vergabe der Konzession für den Bau eines Kanals zwischen Atlantik und Pazifik an ein chinesisches Unternehmen. Erst Ende Oktober schob sich mit der angekündigten Verfassungsreform die Innenpolitik in den Vordergrund.

Die Situation im Innern ist davon bestimmt, dass die Regierung im Land völlig unangefochten ist und ihre Pläne ruhig vorantreiben kann. Die seit den Wahlen 2011 stark dezimierte Opposition hat immer noch kein Konzept gegen die erfolgreiche Politik der Regierung gefunden. Zwei Drittel der Nicaraguaner_innen sind inzwischen mit Präsident Daniel Ortega zufrieden. Damit steht er an vierter Stelle der Beliebtheit der Staatsoberhäupter auf dem amerikanischen Kontinent. Aus Umfragen (Latinobarómetro 2013) ist zu entnehmen, dass diese hohe Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation zusammenhängt. Nicaragua ist zwar weiterhin das zweitärmste Land in dieser Region und die Menschen sehen, wie seit Jahren, als das größte Problem die schlechte wirtschaftliche Situation an. Aber die Nicaraguaner_innen sehen für sich persönlich wirtschaftliche Fortschritte und sind sehr zuversichtlich, dass die Regierung die Probleme lösen wird.

Die starke Stellung der Regierung hat auch Einfluss auf die sozialen Bewegungen. Nicht mehr sie setzen die Themen, sondern die Regierung. Die Bewegungen reagieren nur noch.

Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaftspolitik der Regierung, der die Nicaraguaner_innen anscheinend vertrauen, ist im Kern weiterhin neoliberal. Ausländische Investitionen werden gefördert, vor allem in den freien Produktionszonen (Maquilas) und im Bergbau, und man setzt auf Freihandelsabkommen. Nachdem am 1. August für Nicaragua und Honduras als erste der zentralamerikanischen Länder das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union in Kraft trat, feierte die Regierung Ortega dies als großen wirtschaftspolitischen Erfolg. Die erste Konsequenz desselben sah man Ende Oktober, als erstmals ein Schiff mit 42.000 Tonnen Zucker den Hafen Corinto Richtung Europa verließ. Das exportierende Unternehmen gehört zum Wirtschaftsimperium des reichsten Mannes des Landes, Carlos Pellas. Dies ist ein Beispiel dafür, woher das hohe wirtschaftli-

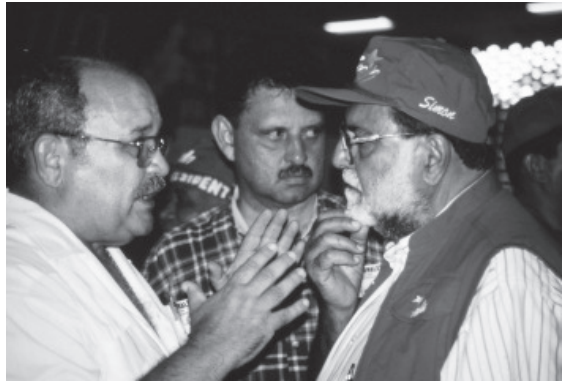
che Wachstum der letzten Jahre in Nicaragua stammt: Neben dem Goldexport wurde es durch die Steigerung der Agrarexporte erreicht und die größten Profiteure sind Großunternehmen.

Im Bereich der Exporte zeigten sich aber im vergangenen Jahr erstmals auch Probleme, die in Zukunft noch größer werden könnten. Wegen sinkender Weltmarktpreise für Kaffee und sinkender Produktionsmengen nach dem massiven Befall der Kaffeepflanzen mit der Pilzkrankheit Kaffeeroest werden die Einnahmen aus dem Kaffeexport deutlich sinken. Dabei werden sich die Auswirkungen des Kaffeeroestes in den kommenden Jahren noch verstärken. Ein weiteres Problem könnte sich auch aus der wirtschaftlichen Situation Venezuelas ergeben. Venezuela, nach den USA der zweitwichtigste Handelspartner Nicaraguas, hat im Augenblick enorme Probleme und muss daher möglicherweise seine für Nicaragua so günstigen Bedingungen bei der Versorgung mit Erdölprodukten modifizieren.

Im Hinblick auf die mögliche Verteuerung beim Erdölimport aus Venezuela muss man den konsequenten Ausbau der Versorgung mit erneuerbarer Energie durch die nicaraguanische Regierung positiv hervorheben. Bei der Stromerzeugung stammen jetzt mehr als 50 Prozent der Primärenergie aus erneuerbarer Energie und der Anteil steigt ständig. Geplant ist, später einmal 90 Prozent zu erreichen.



Die Regierung Ortega hat gute Gründe, Chavez ein Denkmal zu errichten.





Info-Blatt 77

Zehring für Umweltaktivisten und einen unabhängigen Perspektivwechsel und im November 2010

quersteuern



Grenzkonflikte mit den Nachbarn

Nachdem im November 2012 der Internationale Gerichtshof (IGH) in Den Haag in einem Grenzstreit zwischen Nicaragua und Kolumbien einen großen Teil des von Kolumbien beanspruchten Seegebietes Nicaragua zugesprochen hatte, kam es zu erheblichen Spannungen zwischen den beiden Ländern. Nicaragua begann, die ihm zugesprochene exklusive Wirtschaftszone zu nutzen und



Nach wie vor sorgen die Sozialprogramme für breite Unterstützung durch die Bevölkerung: Die Grundnahrungsmittel für Schulspeisung werden vom Welt-ernährungsprogramm finanziert.

in den neuen Gebieten Fischfang zu betreiben. Im Juni wurde bekannt, dass Nicaragua in diesen Gebieten auch Erdölkonzessionen vergeben hatte und im August begann das US-Unternehmen Noble Energy Ltd. mit Probebohrungen. Nicaragua vergab weitere Konzessionen an die spanische Firma Repsol. Von da ab gingen die Wogen hoch. Kolumbiens Präsident Santos erklärte kategorisch, das Urteil des IGH sei nicht umsetzbar. Dabei berief er sich auf die kolumbianische Verfassung, die Grenzänderungen infolge von Verträgen mit anderen Staaten nur dann zulasse, wenn diese vom Parlament ratifiziert wurden. Daniel Ortega reagierte prompt und bot an, einen solchen Grenzvertrag abzuschließen – selbstverständlich mit dem vom IGH festgelegten Grenzverlauf. Nachdem klar war, dass Kolumbien aber genau dies nicht wollte, sondern einen bilateralen Vertrag zur Korrektur des Grenzverlaufes nutzen wollte, rief Nicaragua am 16. September erneut den Internationalen Gerichtshof an. Nicaragua bat darin das Gericht, sein Urteil vom November 2012 zu präzisieren, im besonderen bezüglich des „exakten Grenzverlaufs“ und der Rechte und Pflichten der beiden Länder in den umstrittenen Gebieten. Dieses moderate Auftre-

ten Nicaraguas kontrastierte mit dem Verhalten des kolumbianischen Präsidenten Santos, der versuchte, die Nachbarn Costa Rica und Panama gegen Nicaragua „Expansionismus“ zu mobilisieren. Dabei nutzte Santos zur Abgabe seiner Erklärungen demonstrativ ein in der Karibik stationiertes Kriegsschiff. Seitdem hat sich die Situation wieder beruhigt und man wartet auf die Reaktion des Gerichtes. Mit Sicherheit fördern das Geschick und die Besonnenheit, die Ortega bisher in dem Konflikt zeigte hat, seine Popularität bei den Nicaraguaner_innen.

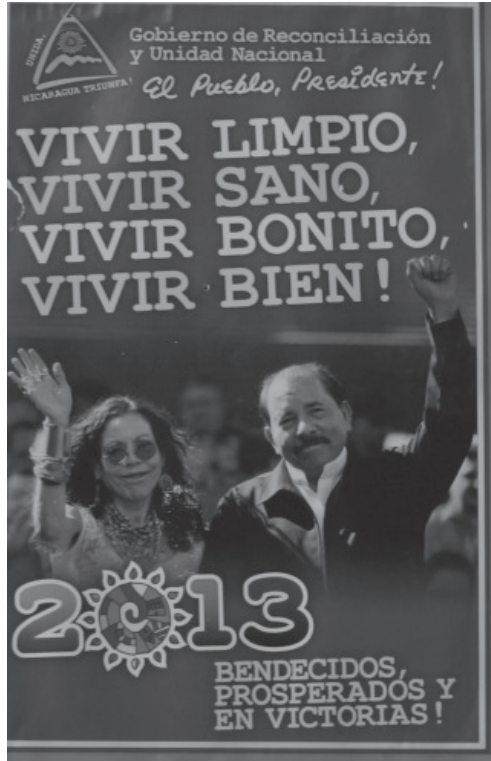
Innenpolitik

In der Innenpolitik stand im zweiten Jahr hintereinander das „Gesetz gegen die Gewalt gegen Frauen“ im Zentrum des Geschehens. Nachdem das Gesetz im Juli 2012 nach jahrzehntelangem Druck der Frauenbewegung eingeführt worden war, wurde es in diesem Jahr 2013 massiv angegriffen. Konservative Gruppen von Rechtsanwälten legten Verfassungsbeschwerde dagegen ein. Ihr Hauptargument war die Behauptung, dass das Gesetz gegen das Gleichheitsprinzip verstoße. Wesentlich überzeugender war die Entgegnung der Frauenbewegung, dass das Gesetz nichts anderes tue, als die Ungleichheit, in der die Frauen leben, anzuerkennen. Der Oberste Gerichtshof verwarf zwar die Verfassungsbeschwerde, forderte aber trotzdem eine Reform des Gesetzes. Kern der Re-



Die Frauenbewegung protestiert gegen die Straflosigkeit bei Männergewalt.

Sauber, gesund und hübsch – Die Familienpolitik der FSLN ist engagiert, aber konservativ.



form, die im September 2013 mit nur vier Gegenstimmen von der Nationalversammlung beschlossen wurde, ist die Wiedereinführung des Schlichtungsverfahrens in weniger schlimmen Fällen von Gewalt. Darunter fallen alle Straftaten, bei denen die Höchststrafe unter fünf Jahren liegt. Die Frauenbewegung setzte der Wiedereinführung des Schlichtungsverfahrens starken Widerstand entgegen. Sie hatte dafür gute Gründe: Den Frauenmorden im Jahr 2012 waren in 30 Prozent der Fälle Schlichtungen vorausgegangen. Dass sich die evangelische wie die katholische Kirche

vehement für die die Reform stark machten, überraschte nicht. Aber auch die FSLN zeigte nach der Einführung des totalen Abtreibungsverbots im Jahr 2006 wieder einmal, dass ihr Frauen- und Familienbild meilenweit von dem entfernt ist, was sie sich selbst zuschreibt, nämlich revolutionär zu sein. Teile der Frauenbewegung, wie zum Beispiel das *Colectivo 8 de Marzo*, erkennen jedoch an, dass das Gesetz auch nach der Reform immer noch das fortschrittlichste seiner Art in Zentralamerika ist.

Verfassungsänderung

Seitdem die FSLN im November 2011 bei der Wiederwahl Daniel Ortegas die qualifizierte Mehrheit erreicht hatte, war immer einmal wieder die Rede von einer Verfassungsänderung. Am 4. November 2013 war es so weit. An diesem Tag brachte die Fraktion der FSLN den Antrag auf eine Änderung der Verfassung in die Nationalversammlung ein¹. Die internationale Presse und die Kritiker_innen im Lande stürzten sich zuerst auf das, was allseits erwartet worden war, die Einführung der unbeschränkten Wiederwahlmöglichkeit des/r Präsidenten/in. Ortega will seine nicht verfassungskonforme Wiederwahl 2011 legalisieren und wahrscheinlich bei den nächsten Präsidentschaftswahlen wieder

antreten, hieß es da. Aber darum geht es nicht alleine, es ist eine sehr weitreichende Änderung der Verfassung geplant. Von den 202 Artikeln sollen 39 modifiziert werden. Das betrifft viele verschiedene Politikfelder. Manche Änderungen sind belanglos, sie haben rein formalen Charakter. So soll im Artikel 10 die Beschreibung der Grenzen des Staatsgebietes entsprechend dem Urteil des Internationalen Gerichtshof in den Haag vom November 2012 angepasst werden und die im Osten gelegenen Autonomiegebiete sollen in Zukunft nicht mehr „Atlantikküste“ sondern „Karibikküste“ heißen. Andere Vorschläge aber haben eine große Bedeutung für die Politik des Landes. Die Macht des Präsidenten, der jetzt schon eine starke Stellung hat, wird zu Lasten der Legislative erheblich ausgebaut. Neben der schon erwähnten Möglichkeit der unbeschränkten Wiederwahl wird der/die Präsident/in in Zukunft Dekrete erlassen können, die Gesetzeskraft haben. Er/sie kann also ohne Mitwirkung der Nationalversammlung die Gesetzgebung gestalten. Neu ist auch, dass Angehörige des Militärs Staatsämter übernehmen dürfen.

Bisher noch gar nicht in der Verfassung verankert war der Begriff der direkten Demokratie. Dazu wird es Mechanismen wie Referenden, Plebiszite, Beteiligung der Bürger_innen bei der Erstellung des Haushalts der Gemeinden („partizipative Haushalte“) und Bürgerbeteiligung im Rahmen der existierenden „Familienkabinette“ geben. Aus dieser Bürgerbeteiligung an der Basis werden Räte auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene gebildet. Dass es diese Gremien schon gibt und sie bisher eindeutig von der FSLN dominiert werden, macht diese Form der direkten Demokratie jedoch ziemlich suspekt.

Erwähnenswert ist noch, dass auch der geplante Kanal Eingang in die Verfassung finden soll. Die inzwischen dazu verabschiedeten Gesetze sollen nur mit qualifizierter Mehrheit geändert werden können.

Eine abschließende Beurteilung ist im Augenblick nicht möglich, da die Verfassungsänderungen noch nicht verabschiedet sind. Tendenzen sind jedoch schon zu erkennen. Einige Neuerungen werden die politischen Machtverhältnisse stark beeinflussen. Die Exekutive wird gestärkt, die Bedeutung des Militärs wächst und generell werden demokratische Freiräume eingeeengt. Der Initiative ist deutlich anzumerken, dass sie Teil der Strategie Ortigas und der FSLN ist, einmal errungene Machtpositionen abzusichern. Das betrifft auch das Verhältnis der Regierung zum Unternehmertum. Das Verfahren der Abkommen zwischen Regierung, Unternehmen und Gewerkschaften soll in die Verfassung eingehen. Dort ist in Zukunft die Rede von der Allianz zwischen der Regierung und der Unternehmerschaft, die auf dem Prinzip einer gemeinsamen Verantwortung basiere.

Atlantik-Pazifik-Kanal

Das bedeutendste Ereignis des Jahres 2013 war mit Sicherheit die Entscheidung Nicaraguas, einen Kanal vom Atlantik zum Pazifik bauen zu wollen. Den Traum, einen Kanal quer durch das Land zu bauen, gibt es seit der Zeit der spanischen *Conquista*. Seither haben sich in- und ausländische Eliten aus Wirt-

schaft und Politik immer wieder damit befasst, aber das öffentliche Interesse erlahmte mit der Zeit, denn mehr als Ideen entstand nie. So war die Resonanz auch gering, als sich im Laufe des Jahres 2012 auch die Regierung Ortega immer konkreter mit dem Thema beschäftigte. Sie brachte ein Gesetz ein, das für den „Großen Kanal Nicaraguas zwischen Atlantik und Pazifik“ einen rechtlichen und institutionellen Rahmen schuf. Das Gesetz wurde von der Nationalversammlung verabschiedet und man spekulierte, dass das Vorhaben mindestens 30 Milliarden US-Dollar kosten würde. Wo das Geld herkommen sollte, war nicht zu erkennen.

Ein Jahr lang blieb es still um das Projekt. Dann ging alles plötzlich sehr schnell. Im Mai erwähnte Ortega erstmals in einer Rede, dass ein chinesisches Unternehmen mit Sitz in Hong Kong die Möglichkeiten, einen Kanal zu bauen, untersuchen würde. Genaues erfuhr die Öffentlichkeit am 5. Juni. An dem Tag präsentierte die Regierung in der Nationalversammlung den Dringlichkeitsantrag für eine Gesetzesinitiative für einen Rahmenvertrag mit dem Unternehmen *Hong Kong Nicaragua Canal Development Investment Co* (HKND). Dem Unternehmen sollte eine Konzession, gültig für 50 Jahre, zum Bau eines Kanals erteilt werden. Die Beratung des Parlaments dauerte nur wenige Stunden, Anhörungen zum Beispiel von Umweltschutzorganisationen gab es nicht. Zwei Tage später wurde das Gesetz verabschiedet. Die Diskussion über die Realisierung des Jahrhundertprojektes „Atlantik-Pazifik-Kanal“ konnte praktisch erst beginnen, nachdem alles schon entschieden war. Und zu diskutieren gibt es wirklich genug: Wie sieht das Projekt eigentlich konkret aus? Ist solch ein Kanalbau überhaupt machbar? Welche Probleme sind zu erwarten? Wer ist dieses Unternehmen HKND, das ein Projekt abwickeln will, das auf 40 Milliarden US-Dollar geschätzt wird? Wer wird davon profitieren?

Sehr viel ist bisher nicht bekannt. Der Chinese Wang Jing, alleiniger Eigentümer des Unternehmens HKND, war bisher nur im Telekommunikationsbereich tätig. Die Konzession an HKND wurde für den Bau und den Betrieb vergeben, beläuft sich auf 50 Jahre und kann von HKND um weitere 50 Jahre verlängert werden. Das Projekt umfasst einen Kanal, den auch Containerschiffe passieren können, die für den Panamakanal zu groß sind, eine Eisenbahnlinie, eine Ölpipeline, zwei Häfen und einen Flughafen. In der Nähe der Häfen am Pazifik und an der Karibik soll jeweils eine freie Produktionszone (*Maquila*) angesiedelt werden.

Nicht bekannt ist bisher, wo genau der Kanal verlaufen soll. Es stehen vier Routen zur Auswahl, die alle den Nicaraguasee queren und mindestens die dreifache Länge des Panamakanals haben werden. Im Augenblick wird eine Machbarkeitsstudie durchgeführt. In deren Rahmen sollen im Dezember 2013 potenzielle Investor_innen und der genaue Verlauf des Kanals bekannt gegeben werden.

Neben der Ungewissheit in Bezug auf die eventuellen Folgen, wenn sich das Land für 100 Jahre in die Abhängigkeit von einem Privatunternehmen begeben, betreffen die größten Befürchtungen die zu erwartenden Umweltschäden, vor allem die Folgen für den Nicaraguasee. Die Befürchtungen kommen von

Umweltschutzorganisationen wie dem *Centro Humboldt*, aber auch von Präsident Ortega Berater in Umweltfragen, Jaime Incer Barquero. Wie soll der See seine Funktion als Trinkwasserreserve für das Land erfüllen, wenn er täglich von Öltankern befahren wird? Was bedeutet der Wasserverbrauch der notwendigen riesigen Schleusen für das Ökosystem, für Flora und Fauna?

Die von den Befürworter_innen des Projekts vorausgesagten positiven wirtschaftlichen Folgen für das Land sind so extrem, dass sie nicht überzeugen können. Die Regierung erwartet, dass sich mit dem Bau des Kanals innerhalb von fünf Jahren die Wirtschaftsleistung des Landes (BIP) verdoppelt und die Zahl der formellen Arbeitsplätze verdreifacht. Wie und warum das so kommen wird, erklärt niemand. In dem Gesetz ist nur festgelegt, dass ab Betriebsbeginn HKND zehn Jahre lang 10 Millionen US-Dollar zahlen muss und dass ab diesem Zeitpunkt jedes Jahr 1 % des Aktienkapitals in den Besitz des nicaraguanischen Staat übergehen müssen, wodurch dessen Einnahmen aus den Kanalgebühren entsprechend steigen werden.

Im Augenblick ist die größte Hoffnung der Kritiker_innen des Projekts, dass es aufgrund der zahlreichen Ungereimtheiten gar nicht erst zum Baubeginn für den Kanal kommen wird. Damit wäre aber der Spuk nicht verschwunden, denn ein so genannter „trockener Kanal“, das heißt Eisenbahnlinie, Ölpipeline, Häfen und Maquilas, würde dann immer noch gebaut werden.

Allem Anschein nach sieht die Regierung Ortega in dem Projekt mit dem Unternehmer Wang Jing so etwas wie die Lösung aller ihrer Probleme. Und davon gibt es einige. Die Zukunft der umfangreichen und so wichtigen Unterstützung aus Venezuela ist ungewiss. Die Sozialversicherung muss dringend reformiert werden, unter anderem, weil das Nationale Institut für Soziale Sicherheit (INSS) Schulden von 600 Millionen US-Dollar angehäuft hat, die zum Teil noch aus der Zeit von Somoza stammen. Am dringendsten wären jedoch spürbare Investitionen im Erziehungswesen, um wirklich zu strukturellen Verbesserungen zu kommen. Dass es immer noch vermutlich 300.000 arbeitende Kinder gibt, ist nicht nur schlimm für die Kinder, die in der Regel nicht zur Schule gehen, sondern auch für die Zukunft des Landes. Im Augenblick hört man von der Regierung aber zu all dem nur: Wenn der Kanal kommt, wird alles gut.

Und die Zivilgesellschaft?

In dem Maße, wie sich die Regierung um die Bedürfnisse der Bevölkerung kümmert, verlieren die unabhängigen sozialen Bewegungen an Bedeutung. Dies ist besonders zu spüren in den Bereichen Landwirtschaft, Gesundheit, Straßenkinder und Arbeitsrechte. Nach wie vor die stärkste Bewegung ist die Frauenbewegung, mit eigenen Zielsetzungen und starken Organisationen.

In einigen Bereichen nähern sich die zuvor parteipolitisch unabhängigen Bewegungen der FSLN an. So erinnerte die Partnerorganisation des Ökumenischen Büros, das Movimiento Comunal (MCN) beim Festakt zu seinem 35jäh-



*Jubiläumskongress
des Movimiento
Comunal
Nicaragüense*

rigen Jubiläum an seine Herkunft aus den *Comites de Defensa Sandinista* der 80er Jahre. Auf der Ehrentribüne saßen aktuelle Parteigrößen der FSLN. Nur in einigen Regionen, darunter Matagalpa, ist es der Organisation gelungen, durch internationale Zusammenarbeit seine parteipolitische Unabhängigkeit aufrecht zu erhalten.

Andere Organisationen, wie zum Beispiel die Menschenrechtsorganisation CENIDH, arbeiten verstärkt mit der rechten Opposition zusammen.

Auch wenn derzeit keine konkreten repressiven Maßnahmen gegen die sozialen Bewegungen gemeldet werden, der Druck durch die Machtpolitik der Regierung ist hoch. Mit Sorge betrachten wir die vielseitigen Maßnahmen der FSLN zum Umbau Nicaraguas zum Einparteiensystem. Auch wenn wir viele der Projekte der Regierung begrüßen, werden wir weiter den sozialen Bewegungen zur Seite stehen, die sich dieser Politik mit eigenen Positionen entgegen stellen.

Aktivitäten des Ökumenischen Büros zu Nicaragua

Solidaritätsbrigade 2013

Unsere Nicaragua-Arbeit stand 2013 ganz im Zeichen der Solidaritätsbrigade, die wir nach 2011 zum zweiten Mal in Kooperation mit dem Informationsbüro Nicaragua Wuppertal durchführten.

Die Solidaritätsbrigaden ermöglichen den Teilnehmer_innen, Einblick in die Situation und den Alltag in Zentralamerika zu erlangen, Menschen und Basisorganisationen kennenzulernen, sich auszutauschen und Informationen zu sammeln. Die Auswirkungen der ungerechten Weltwirtschaftsordnung und einer Wirtschafts- und Sozialpolitik, die die Interessen der armen Bevölkerungsmehrheit ignoriert, können so unmittelbar erfahren werden. So lernen die Teilnehmer_innen, einen Bezug zwischen der Situation im „Süden“ und den gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen im „Norden“ herzustellen. Schwerpunktthema war in diesem Jahr die Frage, wie es in Nicaragua um die Geschlechterverhältnisse bestellt ist und welche Organisationen sich in diesem Bereich engagieren. Neben der hohen Relevanz des Themas in der aktuellen gesellschaftlichen Debatte Nicaraguas war für diese Entscheidung ausschlaggebend, dass das Thema von unserer Partnerorganisation *Movimiento Comunal de Matagalpa* ebenfalls vorgeschlagen wurde.

Vorbereitung

An den drei Vorbereitungswochenenden im Frühjahr erarbeitete sich die zehnköpfige Gruppe eine allgemeine Informationsgrundlage: Anhand von Referaten, zum Beispiel zur Geschichte Nicaraguas, zur Rolle der Frauenbewegung, zur Politik von IWF und Weltbank oder zu Inhalten und Organisationsformen sozialer Bewegungen in Nicaragua, erlangten die Teilnehmer_innen eine fundierte Basis zum Verständnis der nicaraguanischen Wirklichkeit. Ebenso wichtig ist uns in der Vorbereitungsphase, dass sich funktionierende Gruppen- und Entscheidungsstrukturen aufbauen, da die Gruppe während der Reise stark aufeinander angewiesen ist. Ein weiterer zentraler Aspekt ist die Auseinandersetzung mit kulturellen Verschiedenheiten bereits vor dem Aufenthalt. Dies geschah durch ein interkulturelles Training, bei dem die Aspekte Rassismus und Dominanz eine wichtige Rolle spielten.

Bauprojekte mit dem Movimiento Comunal in Matagalpa

Anfang August trafen sich die zwölf *brigadistas* in Matagalpa. Geplant war, drei Wochen lang in der Gemeinde Pancasan mit der Partnerorganisation



Nach fünf Tagen
Bauzeit fehlt nur noch
das Dach

Movimiento Comunal Nicaragüense de Matagalpa (MCM) eine casa comunal, ein Gemeindeaktionszentrum, zu errichten.

Das MCM ist eine unabhängige Organisation mit dem Ziel, die Selbstorganisation zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der städtischen und ländlichen Bevölkerung zu fördern. Die Schwerpunkte ihrer Arbeit liegen in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft, der Katastrophenprävention, der Gesundheitsprävention, und dem Umweltschutz. In der politischen Bildung nehmen die Themen der politischen Partizipation und der Geschlechterverhältnisse einen großen Raum ein. Für diese Arbeit benötigen sie die Gemeindeaktionszentren in den Dörfern.

Doch das anvisierte Grundstück hatte kurz zuvor eine alleinerziehende Mutter von der Gemeinde bekommen. Janett Castillo vom MCM reagierte schnell und unkompliziert – sie präsentierte den enttäuschten *brigadistas* gleich mehrere Alternativen.

Für die Brigade ging es zunächst in das Dorf La Reyna in der Gemeinde San Ramón. Der Bau eines *quiosco* – eines kleinen Treffpunktes für Jugendliche – stand nun auf dem Plan. „Wir wollen hier Getränke und Essen verkaufen, um Geld für unsere Jugendgruppe zu verdienen“, erläuterte die 20jährige lokale Vorsitzende Johanna Del Carmen Diaz Mátuz und freute sich über die spontane Unterstützung. Angelernt wurde die Brigade vom jungen Lenin Ruiz, der

geduldig die Arbeitsschritte erklärte. Beton mischen, Bambus schlagen und mit der Machete Bäume schälen traute er uns zu, während er die Konstruktion übernahm. Staunend lernten die *brigadistas*, wie aus einem Wasserschlauch eine Wasserwaage wird.

Vormittags wurde gearbeitet, nachmittags wurden gemeinsame Ausflüge unternommen. Carlos Rugama Diaz, ebenfalls Koordinator des MCM in La Reyna, wusste viel über die Geschichte des Dorfes, seine Goldmine, die Zerrissenheit während des Contrakrieges oder die heutige Arbeit auf den Mais- und Bohnenfeldern zu berichten.

Die Brigadegruppe bot einen Theaterworkshop für die Gemeinde an. Hier wurden die Geschlechterverhältnisse, als diesjähriger inhaltlicher Schwerpunkt der Brigade, thematisiert und diskutiert.

Nach einer eindrucksvollen ersten Woche stand dann der Bau einer *casa comunal* in El Bocón, einem kleinen Dorf in der Gemeinde San Isidro, an. Das MCM hatte inzwischen alle organisatorischen Vorbereitungen getroffen. Der Empfang der Brigade war herzlich. Das an einem Berghang abgeschieden liegende Dorf wartete schon viele Jahre auf ein Gemeindeaktionszentrum.

Wieder wurden die *brigadistas* von Familien aufgenommen, die in ihren Häusern zusammenrückten. Durch den gemeinsamen Alltag, geteilte Mahlzeiten, Arbeit und Ausflüge wurden es für alle zwei bereichernde Wochen.

*Baustelle in
El Bocón*



Der steinige, trockene und unebene Boden musste für das Fundament des Hauses ausgehoben werden. Nach der schweren Arbeit mit Spitzhacken und Eisenstangen in der Hitze der Sonne war es eine willkommene Abwechslung, im Schatten der Bäume Stahlträger zu konstruieren.

Bei einem Ausflug auf den Gipfel des Berges Cerro Pelón war die Brigade bereits mit ihren Familien zu einer Gemeinschaft zusammengewachsen. Alle stimmten in Lieder wie *Bella Ciao* und *La Puerta Negra* ein, die *brigadistas* und Kinder sich gegenseitig beigebracht hatten.



Am 5. Dezember wurde die *casa comunal* eingeweiht.

Zum Abschluss der beiden Wochen in El Bocón fand dort der zweite Workshop zum Thema Geschlechtergerechtigkeit statt. Die Neugier und das Interesse, sich mit den *brigadistas* über Geschlechterverhältnisse auszutauschen, zeigt, dass mehr als nur eine *casa comunal* entstanden ist. So war dann auch der Abschied traurig und es flossen einige Tränen.

Bericht: Thorsten Brandt

Gesprächsprogramm mit dem Schwerpunkt Geschlechterverhältnisse

Die meisten der 14 Organisationen, die die Gruppe während ihrer zweiwöchigen Interviewreise durch Nicaragua kennen lernte, beschäftigen sich mit den Geschlechterverhältnissen. In Matagalpa Stadt, traditionell eine Hochburg der Frauenbewegung, trafen wir auf das *Colectivo de Mujeres de Matagalpa* (CMM). In großen Lettern prangen Männernamen an der Wand ihres Zentrums im Stadtkern Maggitalas. Den Namen der Männer sind Verbrechen wie

„Vergewaltiger“, „unverantwortlicher Vater“ oder „freigesprochener Frauenmörder“ zugeordnet. Mit dieser „Mauer der öffentlichen Anprangerung“ will das Kollektiv mit der Strafflosigkeit brechen und die Namen von nicht verurteilten Männern öffentlich machen. Die Brigadist_innen staunen über den Mut der betroffenen Frauen und die radikale Methode.

„Sind alle im Bus?“, ruft Koordinatorin Karina Lange vom Informationsbüro Nicaragua nach einem wuscheligen Umstieg in den überfüllten gelben Überlandbus. Alle sind da und genießen die vulkanische Landschaft auf dem Weg in die Hauptstadt Managua. Ein Großteil der Frauenbewegung sieht das im Januar 2012 verabschiedete Gesetz 779 zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen als Schritt vorwärts. Es sei allerdings kein ausreichender Etat zu dessen Umsetzung eingerichtet worden. Die Koordinatorin vom *Colectivo de Mujeres 8 de Marzo*, Luz Marina Tórrez Velasquez, erklärt der Brigade die widersprüchliche Geschlechter- und Familienpolitik des Präsidenten Daniel Ortega von der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront FSLN.

CIPRES, das Zentrum für die Erforschung und soziale Entwicklung der ländlichen Regionen, ist eine wichtige Institution für viele Kooperativen im Land. CIPRES gibt in ihren Programmen Frauen die Priorität, sie arbeiten jedoch gleichzeitig mit Männern. „Die Leute sagen, ‘ja, gebt den Frauen Hühner, aber die Kuh? Das ist doch Angelegenheit der Männer‘“, erzählt die Präsidentin von CIPRES, Irma Ortega Sequeira. „Wir befähigen Frauen dazu, die Kühe zu impfen, und lehren Männer, Hühner zu halten“. Sie wollen erreichen, dass Männer die Erziehungs- und Hausarbeit als gemeinsame Verantwortung begreifen.

Wenn es mehr Geld gäbe, würde Irma gerne mehr Fortbildungen mit Männern machen, so haben die Frauen Vorrang.

Blanca Herrera meint, dass eigentlich der Staat die Aufgaben überneh-

*Theater-Workshop
zum machismo*



Zu Gast bei der
Frauenorganisation
FEM in Estelí



men müsste, die ADIC erfüllt: die Menschen über ihre Rechte aufklären, Projekte zur kommunalen Entwicklung durchführen. Aber die Regierungsprogramme hängen davon ab, wer gerade Repräsentant_in ist - und das sind meistens Männer. Dennoch: sie wollen mit ihrer Arbeit diejenigen erreichen, die an den Programmen der Regierung nicht teilhaben.

Andere Organisationen setzen ihren Schwerpunkt auf die politische Einflussnahme. Janett Castillo vom *Movimiento Comunal de Matagalpa* (MCM) unterstützt die Menschen darin, sich zu organisieren, für ihre Rechte einzustehen und auf diesem Weg ihre Lebenssituation zu verbessern. Die Frauenpolitik Ortegas brächte auf institutioneller Ebene einige Fortschritte. Grundsätzlich würden die Probleme jedoch nicht angegangen, weshalb die Institutionen ihre Wirkung oft nicht entfalten, kritisiert Janett. Außerdem trage die Regierung zur Spaltung der feministischen Bewegung bei.

In Estelí trifft Diana Martínez, Gründerin der *Fundación Entre Mujeres* (Stiftung Unter Frauen, FEM) mit einigen Kleinbäuerinnen der Organisation zusammen. Der Regen prasselt auf das Dach, unter dem die Kleinbäuerinnen stolz von ihren Erfahrungen mit der FEM erzählen. Diana teilt die in der Frauenbewegung verbreitete kritische Haltung gegenüber der Regierung, die auf ihren rosa Wahlplakaten mit den Slogan „Christlich, Sozialistisch, Solidarisch!“ wirbt. Die FEM ist ein seit 1996 existierender Zusammenschluss von rund 250 Kleinproduzentinnen in sechs Kooperativen in der Region um Estelí. Im Frühjahr dieses Jahres hat die FEM die „Abteilung für Maskulinität“ ins Leben gerufen, um im Kampf gegen das Patriarchat und den *machismo* gemeinsam mit Männern eine neue Maskulinität zu entwickeln.

Der Brigade bleibt eindrücklich, wie die verschiedenen Organisationen vom Willen und der Tatkraft, die Bedingungen emanzipatorisch zu verändern, geeint werden. „Wir haben die Sterne noch nicht erobert, aber wir sind auf dem Weg“, meint Irma.

Bericht: Britta Baumann und Evelyn Linde

Nachbereitungsprojekte

Für die Verarbeitung und Verbreitung der Informationen, die die Brigade bei ihrem fünfwöchigen Aufenthalt in Nicaragua zusammengetragen hatte, nahm sich die Gruppe drei Projekte vor:

- Erstellen einer einstündigen Radiosendung, die bei einer Reihe freier Lokalsender in Deutschland gesendet werden wird
- Verfassen von Artikeln in den Zeitschriften Lateinamerika Nachrichten (Ausgabe Dez. 2013), Ak (Ausgabe Nov. 2013), Infoblatt (Ausgabe 1/2014)
- Erstellen eines Beitrags zum Bildungsmaterial des Informationsbüro Nicaragua Wuppertal

Ein Nachbereitungs- und Auswertungsseminar der Gruppe fand am 13.-15. Dezember in Kassel statt. Die beiden Koordinator_innen erhielten einiges Lob: „Der Zugang zu den Leuten und der Realität, den Karina und Andrés ermöglicht haben, war einzigartig“, meinte ein Teilnehmer. Eine andere Teilnehmerin, mit Blick auf die Begegnungen in Nicaragua: „So viele tolle Charaktere kennen zu lernen, hat meine Liebe zu den Menschen sehr verstärkt“.

Die Ergebnisse unserer Reise wurden bei zwei weiteren Events präsentiert:

Politischer Reisebericht aus Nicaragua im „Stattpark OLGA“

Am 8. Oktober 2013 präsentierten unser Nicaragua-Referent und zwei Teilnehmerinnen der Solidaritätsbrigade einen Bildervortrag zu ihrer Reise. Die ca. 20 Besucher_innen im Wohn- und Kulturprojekt „Stattpark OLGA“ in München erhielten einen Reisebericht aus erster Hand. Im Zentrum stand die Frage, wie der eigene Hintergrund die Wahrnehmung der politischen Verhältnisse in Nicaragua beeinflusst. Vor dem Vortrag gab es typisch lateinamerikanisches Essen.

Reisebericht bei der Tagung der Hessen-Koordination der Nicaragua-Gruppen

Am 28. September hielt unser Nicaragua-Referent in Brucköbel bei Frankfurt einen Bildervortrag über „Geschlechterverhältnisse in Nicaragua“, auf Grundlage der Eindrücke unserer Reise. Die über 25 Aktiven der hessischen Nicaragua-Solidarität diskutierten über die Aufgaben der Solidaritätsgruppen bei der Unterstützung der Frauenorganisationen in Nicaragua.

Projekt: „Junge Menschen in Aktion“ in San Ramón

Dank der Spende eines ehemaligen Brigade-Teilnehmers konnte das *Movimiento Comunal de Matagalpa* ein weiteres Projekt durchführen: Im Landkreis San Ramón im Süden des Departements Matagalpa bildet ein hauptamtlicher Mitarbeiter 240 junge Erwachsene aus zwölf verschiedenen Dörfern zu sogenannten Gesundheitspromotor_innen aus. Zu den Themen AIDS-Prävention, Drogen, verfrühte Schwangerschaften und „Umwelthygiene“ werden Kenntnisse vermittelt. Umwelthygiene umfasst die Themen Abholzung und Grundwasser sowie Mülltrennung und Baumaufzucht für den Eigenbedarf. Gemäß dem Selbstverständnis des *Movimiento Comunal* ist das Ziel des Projekts, durch Selbstorganisation und die Nutzung eigener Ressourcen die Lebensbedingungen in den Gemeinden zu verbessern. Das Projekt wird im dritten Jahr durchgeführt.

Seminar „Partizipative und interaktive Konzepte für die Bildungsarbeit zu Lateinamerika“

Am 21. und 22. September organisierte das Ökumenische Büro gemeinsam mit dem Informationsbüro Nicaragua Wuppertal und dem Münchner Nord-Süd-Forum ein Seminar für Multiplikator_innen der politischen Bildungsarbeit zu Lateinamerika im Ammerhaus bei Peißenberg.

Die 15 Teilnehmer_innen lernten neue Methoden und Inhalte des Globalen Lernens kennen. Sie erhielten damit Anregungen, wie sie mit unterschiedlichen Gruppen gesellschaftspolitische Themen rund um Lateinamerika und deren globale Zusammenhänge spannend und reflektiert erarbeiten können.

Grundlage des Seminars waren die vom Informationsbüro Nicaragua herausgegebenen Materialien „Bildungslabor Lateinamerika“ und „Fokuscafé Lateinamerika“, an deren Erarbeitung unter anderen die Nicaragua-Brigade 2011 beteiligt war.

¹ Ley de Reforma Parcial a la Constitución Política de la República de Nicaragua: <http://legislacion.asamblea.gob.ni/SILEG/Iniciativas.nsf/>

BUKO-Kongress 35

in München

„Ich wollte nicht einschlafen, weil ich wusste, dass ich am nächsten Morgen nicht mehr so glücklich sein würde.“

Mexiko-Referent Daniel Tapia



Puren Enthusiasmus hat der BUKO-Kongress 35 bei den Mitarbeiter_innen des Ökumenischen Büros hinterlassen. Obige Äußerung beschreibt das Hochgefühl, das nach vier Tagen Kongress mit 350 Teilnehmer_innen, über 70 Veranstaltungen und Referent_innen aus einem Dutzend Ländern bei Teilen der übernächtigten Orga-Gruppe eingetreten war.

Der Kongress, der vom 9.-12. Mai im Münchner Eine-Welt-Haus stattfand, stand unter dem Motto:

„¡deserta! verweigern, widersetzen, revoltieren“. Schön und bewegend war’s – trotz Dauerregen. Bei vielen Veranstaltungen standen der transnationale Austausch und die Vernetzung im Vordergrund: sei es bei dem gemeinsamen Workshop mit Vertreter_innen von Projekten gegen Zwangsräumungen aus Berlin und Barcelona oder bei der Disco International mit internationalen Aktivist_innen unter anderem aus Griechenland und Tunesien.

Beginnen wir von vorne: Als die Auflage Nummer 34 des BUKO-Kongresses in Erfurt noch im Gange war, unterhielten sich zwei Mitarbeiter des Büros über die Eindrücke aus den verschiedenen Workshops. Kurz darauf war klar: „Wir holen den BUKO 35 nach München“. Der Weg dahin war weit: Zwar waren die BUKO-Jahresversammlung und später das Plenum des Öku-



Auf dem Vorplatz des EineWeltHaus hatten die Kochkollektive ihre Zelte aufgebaut.

menischen Büros schnell zu begeistern und ein Vorbereitungsbandnis aus zahlreichen Münchner Gruppen schnell beisammen. Aber einen Kongress zu organisieren ist vor allem sehr viel Arbeit.

In zehn lokalen Abendtreffen und sechs bundesweiten Vorbereitungswochenenden trugen haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter_innen des Büros maßgeblich zur Gestaltung des Kongress bei.

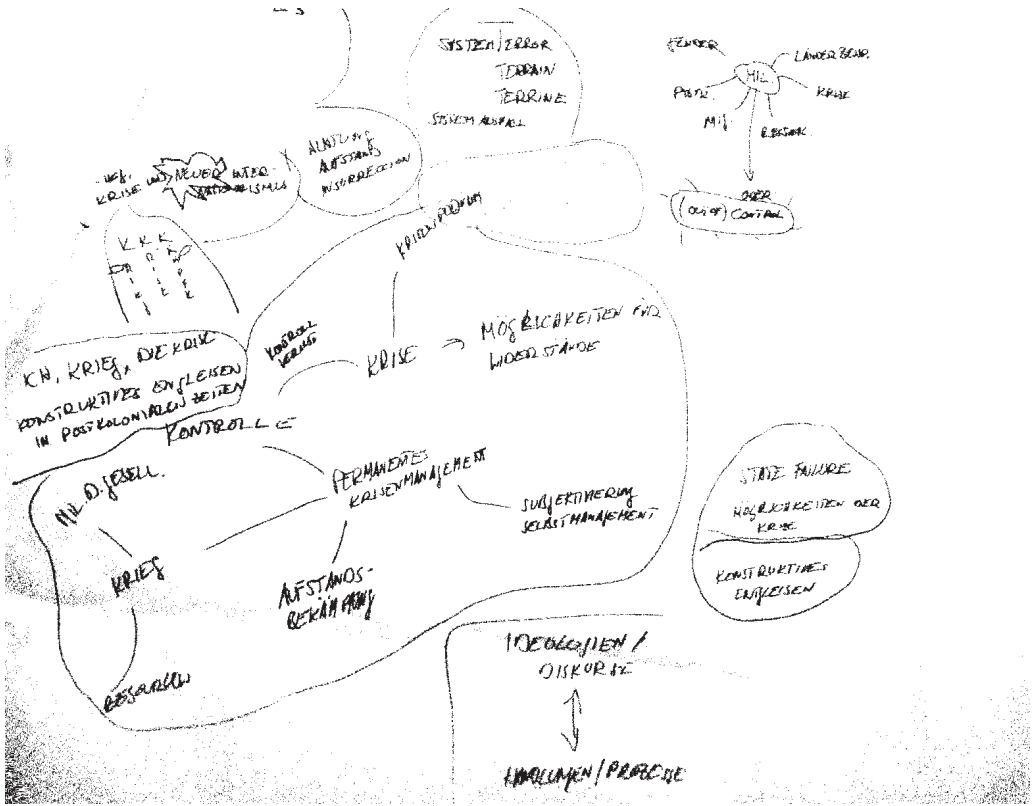
Auch während des Kongresses selbst übernahmen Mitglieder des Öko-Büros verschiedene organisatorische und logistische Aufgaben wie Raumvergabe und Technik, Support für Workshops und Scouting für die Kochkollektive.

Drei rote Fäden zogen sich durch das Programm: Antirassismus, Antimilitarismus und Ressourcenkämpfe. Neben Vorträgen und Diskussionen fanden auch praktische Workshops statt. Besonderen Andrang hatten dabei, trotz des

schlechten Wetters, die Stadtrundgänge. So machten sich einige auf die Suche nach Spuren der kolonialen Vergangenheit Münchens. Andere nahmen an einem antimilitaristischen Stadtspaziergang teil, der fast schon den Charakter einer Spontandemo hatte. Wieder andere gingen zur Lesung am Königsplatz anlässlich des Jahrestages der Bücherverbrennungen, nahmen an einem Rundgang über die KZ-Gedenkstätte Dachau teil oder informierten sich auf einem Rundgang über die politische Geschichte Münchens.

Wer sich auf dem Track Antirassismus bewegte, wurde mit der Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit und den postkolonialen Strukturen der Gegenwart konfrontiert. Schon am ersten Tag eröffnete Aram Ziai den Track mit einem Crashkurs zu postkolonialer Theorie. Gut gelungen stellte Ziai dar, wie sich die Selbstgewissheit des durch koloniale Ausbeutung erlangten Wissens dekonstruieren lässt. Wenn der chinesische Admiral und Seefahrer Zeng He Anfang des 15. Jahrhunderts seine Reisen durch den Pazifik ausgedehnt hätte, wäre er vielleicht auf die Halbinsel getroffen, die wir heute Europa nennen. Sie wäre dann vielleicht nach ihm als Zhengistan benannt worden, so wie Amerika nach dem italienischen Seefahrer Amerigo Vespucci. Wenn Landkarten gedreht sind, Europa nicht in der Mitte sondern am Rand liegt, die Darstellung flächentreu statt winkeltreu gewählt ist, verändert sich schon der Blick auf die Welt und das Wissen über sie. In diesem Sinne: Willkommen in Zhengistan!

Neben dem spannenden Workshop-Programm führte leider ausgerechnet die zentrale Podiumsdiskussion im Freiheiz zu allgemeiner Enttäuschung. Vielleicht war es schon die thematische Rahmung, die hier zu einer Verweigerung der Podiumsgäste führte, tatsächlich über die derzeit erlebten Krisenproteste und anhaltenden Auseinandersetzungen in Nordafrika zu diskutieren. Die vom französischen „Unsichtbaren Komitee“ formulierte Analyse im 2007 erschienenen Buch „Der kommende Aufstand“, dass es zu neuen und neuartigen permanenten Zyklen der sozialen Kämpfe kommen werde, sollte von Aktivist_innen der autonomen und anarchistischen Bewegungen Griechenlands, Spaniens, Frankreichs und Tunesiens diskutiert werden. Obwohl schnell klar wurde, dass das Manifest des „Unsichtbaren Komitees“ in keinem der sozialen Kämpfe eine besondere Beachtung gefunden hatte, hielt die Moderatorin an dem thematischen Rahmen fest, so dass manchem Podiumsgast nichts anders übrig blieb, als verständnislos mit den Achseln zu zucken. Dadurch erfuhr das Publikum in der überfüllten Freiheiz-Halle wenig bis nichts über die unterschiedlichen Einschätzungen aus den Krisenprotesten in Spanien, Griechenland und Frankreich sowie der postrevolutionären Bewegung in Tunesien. So ging von der Podiumsdiskussion kein Impuls für eine internationalistische Perspektive der sozialen Bewegungen in Europa und Nordafrika aus. Um so deutlicher wurde, dass die internationale Vernetzung der Kämpfe und eine Debatte darüber, wie ein neuer Internationalismus jenseits der etablierten Institutionen aussehen könnte, in Zukunft noch intensiviert werden müssen.



Die inhaltliche Struktur festzulegen, gehört zu den schwierigsten Aufgaben bei der Vorbereitung.

Auf Initiative des Öku-Büros fanden folgende Workshops statt: Mit dem guatemaltekischen Rapper Nim Alae wurde diskutiert, wie Kunst widerständig werden kann. Er berichtete von seinen Erfahrungen, wie sich die Jugend Guatemalas durch die Kunst politisch einbringt. Zwei Teilnehmerinnen der Journalist_innendelegation Honduras 2012 stellten ihren Film „Wo der Tod Teil der Landschaft ist“ über die Indigenen-Organisation COPINH vor. Einen weiteren Film zeigte der nicaraguanisch-italienische Journalist Giorgio Trucchi: „Grito por la Tierra“ handelt vom Widerstand der Kleinbauernfamilien in Bajo Aguan, Honduras, gegen Großgrundbesitzer in der Palmölproduktion. Auf Einladung des Öku-Büros präsentierte die FIAN-Ortsgruppe München einen Workshop mit Marlies Olberz zum weltweiten Landgrabbing.

Die Abschlussdiskussion am Sonntag Vormittag verknüpfte die drei Stränge Migration/Rassismus, Internationalismus, Militarisierung. Sie drehte sich um die Frage, wie Internationalismus gedacht werden muss, wenn die *compañer@s* im Süden eine militärische Intervention befürworten, wie im Falle von Syrien und Mali geschehen.

Ein voller Erfolg war das vielfältige Kulturprogramm, das vom Ökumenischen Büro koordiniert wurde. Los ging’s am Donnerstag Abend mit der Vor-

führung des Films „La Isla“ über die Geheimarchive der guatemaltekischen Nationalpolizei aus der Zeit des Bürgerkriegs. Bei der anschließenden Diskussion stand der Protagonist des Films, Lucio Yaxón Guarax a.k.a. Nim Alae, Rede und Antwort. Am Samstag stand dann eine Buchvorstellung der venezolanischen Kooperative Cecosesola auf dem Programm. Getanzt wurde auch – am Freitag im Anschluss an die Podiumsdiskussion mit DJ Garbanzis, am Samstag im Kafe Marat mit dem guatemaltekischen Rapper Nim Alae als Live-Act und Brittinha, Skrupper und dem dept. of volxvergnuegen an den Plattentellern.

Ein ganz besonderer Dank gilt allen, die den Kongress möglich gemacht haben – insbesondere den Kochkollektiven Maulwurf und Le Sabot, die für das leibliche Wohl sorgten, Nicole, für die München der letzte Kongress als Hauptamtliche im Hamburger Buko-Büro war und dem wunderbaren Übersetzer_innen-Team.

Auch beim Nachbereitungstreffen am 12. und 13. Juni war das Ökumenische Büro wieder Gastgeber, eine angenehme Aufgabe, denn es gab ein sehr positives Feedback für die Vorbereitungsgruppe und den gesamten Kongress.



Der guatemalte-kische Rapper Nim Alae trat im Kulturprogramm des BUKO München auf

Das Assoziierungsabkommen EU-Zentralamerika

*Die Aktion auf dem
Münchener Marienplatz
2010 war Teil einer
mehrfährigen
Kampagne*

Am 1. August 2013 trat der (Frei-)Handelsteil des Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union und Zentralamerika für die Länder Honduras, Nicaragua und Panamá in Kraft. Am 1. Oktober folgten Costa Rica und El Salvador, am 1. Dezember Guatemala. Die weiteren Säulen des Abkommens, zum so genannten „Politischen Dialog“ und zur „Entwicklungszusammenarbeit“ werden erst errichtet, sobald alle 27 EU-Mitgliedstaaten unterzeichnet haben. Mit einem knappen Bundesratsbeschluss vom 7. Juni 2013 war die Bundesrepublik Deutschland der erste Staat, der das umstrittene Abkommen verabschiedete.



Seit Beginn der Verhandlungen 2006 klärten wir mit den Partnerorganisationen der Kampagne „Stopp Assoziierung“ und zahlreichen Gästen aus Zentralamerika über die negativen Folgen des Abkommens auf und versuchten, die Opposition gegen das Projekt zu stärken. Anfang Juni wurde noch bis zur letzten Minute emsig gemailt und telefoniert, um bei den entsprechenden Entscheidungsträger_innen im Bundesrat um Einsicht zu werben.

Das (vorläufige) Ende einer langen Kampagne

Doch letztendlich war der Druck der westlichen SPD-regierten Bundesländer und Hamburgs auf ihre östlichen Pendanten stärker als die Kraft der Argumente. Jürgen Maier vom *Forum Umwelt und Entwicklung*:

„Lange sah es diesmal so aus, als würden Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern tatsächlich nicht zustimmen. Einen Tag vor der Stimmabgabe legten sich beide Länder doch noch auf Zustimmung fest – nicht etwa auf massiven

Druck des Koalitionspartners CDU, sondern auf Druck von SPD-Staatskanzleien aus dem Westen. (...) Gleichzeitig hat der Bundesrat mit den Stimmen von Ländern mit SPD- und Grüner Regierungsbeteiligung einen dreiseitigen Entschließungsantrag beschlossen, in dem er auflistet, was an dem Abkommen schlecht ist – und weshalb die Opposition das Abkommen im Bundestag abgelehnt hatte. Darin steht u.a.: ‚Der Bundesrat weist daher erneut darauf hin, dass es bei Freihandels- und Assoziierungsabkommen der EU mit Drittstaaten dringend notwendig ist, nicht nur die detaillierten Vereinbarungen zu Handel, Dienstleistungen und Investitionen, sondern gerade auch die Bestimmungen in Bezug auf Menschenrechts-, Arbeitsrechts- und Umweltfragen mit einem effektiven und klar definierten Streitbeilegungs- und Klärungsverfahren zu bewehren.‘

In einer Pressemitteilung kommentierten Nichtregierungsorganisationen: ‘Eine Politik, die schwere Defizite beim Schutz der Menschenrechte, Arbeitsrechte, Umweltrechte zwar erkennt und kritisiert, aber dann doch abnickt, ist nicht glaubwürdig.’“¹

Offener Brief von 26 Nichtregierungsorganisationen an den Bundestag

Vor der ersten Lesung im Bundestag Ende Februar 2013 hatten wir als kritische Basisgruppen und NGO in einem offenen Brief nochmals unsere Bedenken und vor allem die unserer Partnerorganisationen in den zentralamerikanischen Ländern zusammengefasst:

„Das Assoziierungsabkommen ist essentiell ein Freihandelsabkommen und setzt als solches einen neuen Rahmen für die Beziehungen zwischen EU und Zentralamerika.

Die größten Herausforderungen für die europäische Politik zu Zentralamerika heute liegen aus unserer Sicht in einer starken Unterstützung

- a. für den Respekt, den Schutz und die uneingeschränkte Gewährleistung der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, politischen und bürgerlichen Menschenrechte,
- b. für Geschlechtergerechtigkeit, Rechte der indigenen Völker und Kinderrechte,
- c. für die Überwindung der strukturellen Ursachen der Armut und der extremen sozialen Ungleichheit,
- d. zur nachhaltigen Entschärfung der großen Konflikte, die sich zunehmend auf den Zugang zu den natürlichen Ressourcen und Ausbeutung der Rohstoffe konzentrieren,
- e. für die teilweise sehr schwachen Demokratien im Kampf gegen die Straffreiheit, gegen den Missbrauch staatlicher Institutionen für die Interessen wirtschaftlicher und politischer Eliten, die oft mit dem organisierten Verbrechen verflochten sind und enge Kontakte zu den in der Region tätigen transnationalen Unternehmen pflegen.“

Vor diesem Hintergrund betrachten wir das Assoziierungsabkommen mit dem Fokus auf die Errichtung einer Freihandelszone nicht nur als eine unangemessene europäische Antwort auf die Herausforderungen der Region und damit eine verpasste Chance. Das Abkommen, falls ratifiziert, wird zudem erkennbar negative Auswirkungen auf die menschenrechtliche Situation vieler bereits gefährdeter Gruppen haben, wichtige Initiativen für eigenständige, nachhaltige Entwicklung in Zentralamerika behindern und bereits existierende soziale Konflikte verschärfen.”



Am Ende hat die Bevölkerung Mittelamerikas verloren – die Regierungen haben 2013 unterzeichnet.

Das Abkommen aus zentralamerikanischer Perspektive

Sául Baños aus El Salvador, Referent der Rundreise und des Bundestreffen 2013 zum Schwerpunktthema Assoziierungsabkommen (siehe Kapitel Aktivitäten zu El Salvador) verglich das AdA mit dem Freihandelsvertrag mit den USA (CAFTA-DR) aus dem Jahr 2006. Die positiven Erwartungen hätten sich schon damals in keiner Weise erfüllt. Nahezu zeitgleich mit den AdA schloss El Salvador ein so genanntes „Wachstumsabkommen“ mit den USA ab. Es identifiziere zwei Problembereiche, die als Hindernisse für ausländische Investitionen und Public-Private Partnerships bewertet werden: 1. Die niedrige Produktivität und 2. Die Sicherheitslage (im engeren Sinn, nicht als soziale, Ernährungs- oder Umweltsicherheit gedacht). Daraus ergebe sich ein rigider 19 Punkte-Plan, den das Land buchstabengetreu erfüllen muss, samt rechtlicher Umsetzungen.

Das AdA etabliere effektive und schnell wirksame Mechanismen zu Gunsten von Unternehmen bei den Schiedsgerichten der Weltbank. Im Gegensatz dazu seien die Umsetzungsmechanismen im Bereich Menschenrechtsverletzungen entweder skandalös langsam (bei der interamerikanischen Gerichtsbar-

keit) oder (auf europäischer Ebene) gar nicht vorhanden. Die im Abkommen vorgesehene zivilgesellschaftliche Beteiligung vor Ort beschränke sich in der Realität auf die massive Präsenz der Unternehmervverbände in den entsprechenden Gremien. Zudem fehlten Vereinbarungen über einen echten Wissens- und Technologietransfer von der EU in die zentralamerikanischen Länder. „Die Beziehungen sind und bleiben total asymmetrisch“.

Baños' Fazit: Das Assoziierungsabkommen mit Europa schränkt die Souveränitätsrechte der Bevölkerung in den zentralamerikanischen Staaten erheblich ein. Die wirklichen Interessen der EU zielen nicht auf Kooperation oder Menschenrechte, sondern auf: Märkte, Ressourcen, Dienstleistungen, geistiges Eigentum und Patente.

¹ <https://amerika21.de/2013/06/83235/abkommen-eu-zantralamerika>

Postkolonialismus

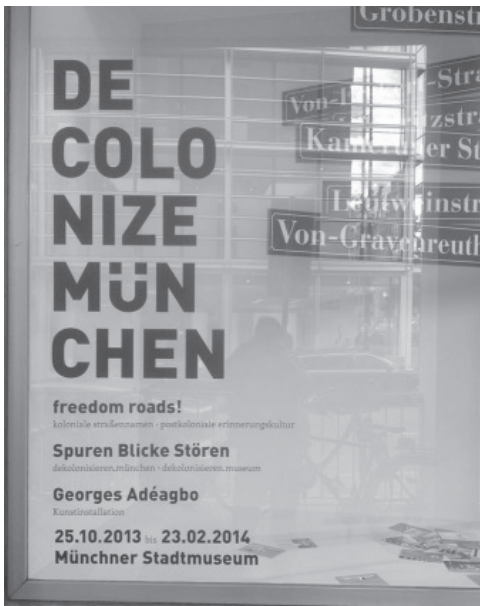
Was für Spuren des deutschen Kolonialismus lassen sich bis heute in München finden? Welche und wessen Geschichte wird heute noch erzählt? Und wie wirken koloniale Strukturen und Denkmuster bis in die Gegenwart?

Diesen Fragen hat sich das Ökumenische Büro dieses Jahr über die Beteiligung an verschiedenen Projekten zu kolonialer Geschichte und postkolonialer Erinnerung gewidmet.

DECOLONIZE MÜNCHEN – eine Ausstellung im Stadtmuseum

Schon bei der Eröffnung wurde klar, dass die Ausstellung DECOLONIZE MÜNCHEN sich auf ein breites Bündnis von Initiativen stützt, das seit langem eine Auseinandersetzung mit den Spuren des Kolonialismus im Stadtbild und in den Denkweisen einfordert. Hamado Dipama (Mitglied des Münchner Ausländerbeirates) wies in seiner Rede darauf hin, dass sich der Kommunalausschuss – trotz eines einstimmigen Beschlusses des Ausländerbeirats diesbezüglich – gegen die Umbenennung von zwölf Straßen in München entschieden hatte, die koloniale Verbrecher ehren.

Schaukasten des Stadtmuseum München



Ein breit angelegtes Rahmenprogramm erweitert und ergänzt die Inhalte und Debatten rund um DECOLONIZE MÜNCHEN. Getragen wird das Rahmenprogramm für das gesamte Ausstellungsprojekt von den Fachabteilungen des Kulturreferats der Stadt München in Kooperation mit dem Münchner Stadtmuseum und einem Bündnis verschiedener Gruppen und Vereine, welche die Ausstellung initiiert haben: ADEFRA, AK Panafrikanismus, Initiative Schwarze Menschen in Deutschland, mapping.postkolonial.net, [\[muc\] münchen postkolonial](http://[muc]muenchen.postkolonial.net), Nord Süd Forum München, Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit.

Die Ausstellung setzt sich aus drei Teilen zusammen:

Spuren Blicke Stören • [dekolonisieren.münchen](http://dekolonisieren.muenchen) | dekolonisieren.museum

Kuratiert von Zara Pfeiffer und Martin W. Rühlemann, setzt sich der Teil mit verschiedenen Spuren des Kolo-

nialismus in der Stadt und ihren Museen auseinander. Gleich zu Beginn haben die Besucher_innen die Möglichkeit sich mit Hilfe von 36 Postkarten, die in sieben Themenbereiche aufgegliedert sind, über die Hintergründe von sichtbaren und unsichtbaren Spuren der kolonialen Vergangenheit zu informieren. Die Postkarten dürfen mitgenommen werden und sollen so eine Öffentlichkeit herstellen, die über die Ausstellung hinaus geht.

Im hinteren Bereich der Ausstellung sind Objekte aus der Sammlung des Stadtmuseums ausgestellt. Um die rassistische Repräsentation der Objekte nicht einfach zu wiederholen, sind sie teilweise in dunklen Vitrinen ausgestellt. Die Objekte werden erst sichtbar, wenn sich die Besucher_innen aktiv entschließen, durch einen Fußschalter die Beleuchtung einzuschalten. So haben die Besucher die Möglichkeit selbst zu überlegen, ob und wie lange sie sich den rassistischen Bildern aussetzen möchten. Zusätzlich spiegeln sich die Betrachter im Glas der Vitrine, wodurch auch der eigene Blick auf die Objekte sichtbar wird.

freedom roads! koloniale straßennamen • postkoloniale erinnerungskultur

Die Wanderausstellung stellt den zweiten Hauptbereich der Ausstellung dar. Hier wird über die Verstrickung einzelner Personen in den Kolonialismus aufgeklärt, die heute noch durch Straßenwidmungen geehrt werden. Dagegen setzen die Macher_innen der Ausstellung Vorschläge für würdigere Namen und erzählen von Aktivist_innen und den Hintergründen des antikolonialen Widerstands. Die Besucher_innen haben auch hier die Möglichkeit, selbst aktiv zu werden und Vorschläge für die Umbenennung zu hinterlassen.

L'Allemagne avant la Guerre et l'Allemagne après la Guerre (Deutschland vor dem Krieg und Deutschland nach dem Krieg)

In dem dritten Teil der Ausstellung gestaltete der Konzeptkünstler Georges Adéagbo einen ganzen Raum als Installation mit Objekten, die er vor allem in München gesammelt hat. Durch die Hervorhebung und teilweise wahllos wirkende Anordnung von Alltagsgegenständen entsteht ein Raum, der stark an die Sammlungen ethnographischer Objekte in Völkerkundemuseen erinnert, nur dass hier nicht eine ehemalige Kolonie sondern München im Fokus steht. Ein Journalist der FAZ hatte eine Installation von Adéagbo im Rahmen der Documenta11 damals sehr trefflich mit den Worten „Die Entdeckten entdecken die Entdecker“ beschrieben.

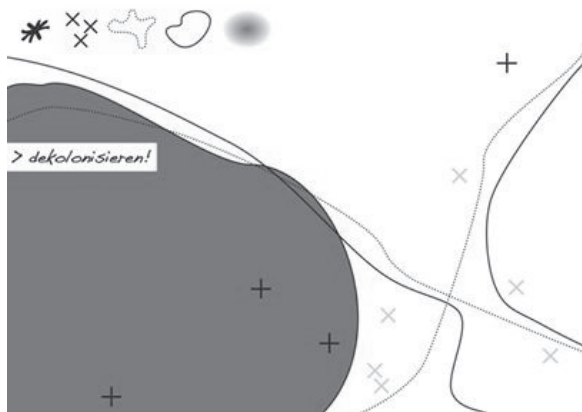
Es ist sicherlich nicht unbeabsichtigt, dass die Besucher_innen sich auf der Suche nach der Antwort darauf, was diese Anordnung zu bedeuten hat, verloren fühlen. Die Aufmerksamkeit reicht nur aus, um sich einige einzelne Objekte genauer anzusehen. Darunter sind vertraute Gegenstände: Bücher, Zeitschriften und Bilder. Aber auch verstörende, befremdende Objekte, die nicht zum eigenen Alltag gehören. Die Besucher_innen werden damit konfron-

tiert, was alles so als repräsentativ für München gelten kann, wenn die verschiedenen hiesigen „Kulturgüter“ gleichberechtigt ausgestellt werden.

Die Ausstellung lädt immer wieder dazu ein, sich aktiv an einer Dekolonisierung der Stadt zu beteiligen. An verschiedenen Stellen können die Besucher_innen Vorschläge für die Umbenennung von Straßen und Plätzen machen und sich an der Offenlegung von Spuren der kolonialen Vergangenheit und deren Folgen, die bis in unsere Gegenwart reichen, beteiligen. So auch im Rechercheraum der Ausstellung, wo unter anderem das unabhängig von der Ausstellung entstandene Online-Archiv mapping.postkolonial.net präsentiert wird.

mapping.postkolonial.net || Spuren Schichten Gespenster

Das Projekt mapping.postkolonial.net ist ein gemeinsames Projekt der Gruppe [muc] – münchen postkolonial – auf die der Großteil der Rechercheergebnisse zurückgeht –, dem Ökumenischen Büro und dem Labor K 3000 aus Zürich. Finanziell gefördert wurde das Projekt von der Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft (EVZ).



Mapping.postkolonial.net ist ein Online-Archiv, das post/koloniale Spuren im Münchner Stadtraum verzeichnet. Hinter dem ersten Menüpunkt Mapping findet sich auf der Homepage www.mapping.postkolonial.net die künstlerische Umsetzung des Projektes. Es erscheint eine fast weiße Seite mit Kreuzen, die die Orte im Stadtraum markieren – im Projekt heißen diese Kreuze “Spuren”. Wird auf eines der Kreuze geklickt, erscheinen Informationen zu dem jeweiligen Ort: So wird zum Beispiel die Geschichte der ehemaligen Gummifabrik „Metzler“ im Münchner Westend beschrieben. Man erfährt, dass die Gum-

Dekolonisieren durch Mapping

mifabrik ihre Materialien zur Produktion aus englischen und niederländischen Kolonien bezog und ihre Besitzer sich aktiv an Aktionen des Reichskolonialbundes 1940 beteiligten. Ein anderes Beispiel beschreibt die Geschichte von Cula, einer siebzehnjährigen Frau, die im sogenannten Amazonencorps im Gärtnerplatztheater und den Centralsälen auftrat und während ihres Aufenthaltes in München an einer Lungenentzündung starb. Beerdigt wurde sie am Alten Südlichen Friedhof, wo wir heute aber keine Spuren mehr von ihr finden.

Werden mehrere “Spuren”, die thematisch miteinander verbunden sind, geöffnet, erscheint eine “Erzählung”. Um verschiedene Kreuze herum taucht eine gepunktete Linie auf und zeigt die Verbindungen zwischen verschiedenen dieser Spuren im Stadtraum auf.

Neben “Spuren” und “Erzählungen” gibt es “Schichten”. Diese stellen einen theoretischen Zugang zu den Spuren dar. Zugleich verbinden “Schichten” mehrere “Spuren” zu demselben Thema. “Schichten” gibt es zu den Themen: Rassismus, Migration, Wer spricht?, Zurschaustellen und dekolonisieren.

Während auf der Seite gesurft wird, schweben – als verstörendes Moment – Gespenster durch das Bild, die unheimliche Geräusche machen. Bei Gespenstern handelt es sich um rassistische Diskurse, Sprache und Phänomene, die auch heute noch in der Stadt präsent sind. Um den rassistischen Gehalt der Sprache oder der Darstellung nicht zu reproduzieren, sind die Gespenster undeutlich dargestellt. Erst durch ein Klicken auf die Gespenster (manchmal ist es recht schwierig sie zu erwischen), erscheinen die Hintergrundinformationen.

Neben diesem künstlerisch-spielerischem Zugang zu der Seite, können im Archiv alle “Spuren”, “Erzählungen”, “Schichten” und “Gespenster” nachgelesen werden. Zudem gibt es dort einen Stadtplan, der den genauen Ort der Spuren anzeigt.

Mit der Seite wollen wir die bisher nicht bekannten Informationen über Münchens post/kolonialer Geschichte aufzeigen und einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen. Die Seite soll aber auch partizipative Elemente enthalten und eine Stadtöffentlichkeit zum Mitmachen anregen. Hierfür soll in einem nächsten Schritten eine Eingabemaske auf der Seite implementiert werden, in



Auf den Spuren des Kolonialismus in München

der weitere Informationen oder Aktionen beschrieben werden, die sich gegen den bisherigen positiven Bezug auf den Kolonialismus und dessen Akteure richtet. Dazu zählt etwa die Initiative des Ausländerbeirates zur weiteren Umbenennung von Straßennamen, deren Kommentierung in München oder die Aktion

des Ökumenischen Büros zur Umbenennung des Kolombusplatzes 1992.

Zudem finden sich auf der Homepage unter dem Stichwort "Spurensuche" Vorschläge für Stadtrundgänge. Bei den Rundgängen, die über den Alten Südlichen Friedhof und durch die Altstadt von München führen, können die im Internet aufgelisteten Spuren im Stadtraum angesehen werden: Schnell wird dabei ein Missverhältnis deutlich, denn viele Spuren von ehemaligen kolonialen Akteuren sind noch heute gut sichtbar, in Form von Gräbern oder Denkmälern. Wenig überliefert ist hingegen die Geschichte derer, die vom Kolonialismus betroffen waren. So erinnert kein Grabstein an die junge Frau Cula, die hier beerdigt wurde. Um dieser Erinnerungsform etwas entgegenzuhalten, sollen die Teilnehmer_innen der Rundgänge an den verschiedenen Stationen unter dem Hashtag #dekolonisieren Twitternachrichten verschicken, die alternative Vorschläge des Erinnerens oder den Umgang mit der kolonialen Geschichte Münchens formulieren.

Weitere Informationen unter <http://mapping.postkolonial.net>

Arbeitskreis Grenzen

Der Grenzen-AK kennt keine Grenzen und hat sich auch in diesem Jahr mit etwas ganz Neuem beschäftigt: mit den Grenzen unseres Körpers und Geistes. Beginnend mit dem Thema Prothesen kamen wir auf Körpererweiterungen. Von den klassischen Prothesen, die ein verlorenes Körperteil ersetzen, gelangten wir zur Selbstoptimierung mit mechanischen, pharmazeutischen oder elektronischen Mitteln.

Alles, was uns auf diesem Weg eingefallen ist, haben wir dann versucht an dem Beispiel Handy bzw. Smartphone konkret zu diskutieren. Ist das Handy eine Prothese, oder ist es eine Körpererweiterung, die in Zukunft so unentbehrlich sein wird, dass es zu einem Implantat, also zu einem künstlichen Teil unseres Körpers werden wird?

Bald war klar: Für die Zukunft ist alles vorstellbar, auf jeden Fall mehr, als unsere Phantasie hergibt. Aus dieser Einsicht entstand die Idee, eine Sciencefictiongeschichte über die Zukunft des Handys zu schreiben, zum Beispiel eine Fortsetzungsgeschichte über Twitter.

Ob wir das hin bekommen?

Arbeitskreis EU

Das Geld ist nicht weg, es ist nur woanders

Seit 2009 existiert der EU-Arbeitskreis des Ökumenischen Büros. Anfänglich befasste er sich mit der EU-Außenpolitik, und dabei vor allem mit der Entwicklungshilfepolitik der EU gegenüber den Ländern des sogenannten Südens. Ab dem Jahr 2012 rückte die Euro-Krise ins Zentrum unseres Interesses. Nachdem wir uns in unseren zwei-wöchentlichen Treffen intensiv mit Krisenursachen, Krisenauswirkungen und Krisenabwälzungen beschäftigt hatten, gingen wir im Juni 2013 an die Öffentlichkeit. Im Rahmen der Reihe „la mirada distinta“ des Kulturladens Westend luden wir zu einer Veranstaltung über die europäische Bankenkrise ein: „Das Geld ist nicht weg, es ist nur woanders“. In der lebhaften Diskussion war es unumstritten, dass es bei den milliardenschweren Rettungspaketen, die in Europa immer wieder geschnürt werden, nicht – wie behauptet wird – um die Unterstützung Südeuropas geht. Die gravierenden sozialen Probleme in Irland, Spanien, Portugal und Griechenland sind inzwischen zu offensichtlich. Gerettet werden sollen die Gläubiger der Banken Kern-Europas, also vor allem die aus Deutschland und Frankreich.

Der Arbeitskreis denkt derzeit darüber nach, sich wieder in ein neues Thema einzuarbeiten. Unser Interesse richtet sich im Augenblick auf die Bestrebungen der EU, sich nach Osten auszudehnen.

Weitere Aktivitäten des Ökumenischen Büros

„Kolumbien – zwischen Krieg und der Hoffnung auf Frieden“ Zwei Veranstaltungen in München

In Kolumbien hat sich in den letzten Jahren einiges verändert – auch vieles in eine positive Richtung! Die Demobilisierung des paramilitärischen Dachverbandes *Autodefensas Unidas de Colombia* (AUC) rückte eine bis dahin weitgehend unsichtbare, aber enorm große Bevölkerungsgruppe immer weiter ins Zentrum der Aufmerksamkeit: die Opfer des seit Jahrzehnten andauernden bewaffneten Konfliktes. Der Staat verschreibt sich seit der Verabschiedung des Gesetzes „Gerechtigkeit und Frieden“ im Jahr 2005 einem Wiedergutmachungsprojekt, durch das die Opfer materiell entschädigt und symbolisch anerkannt werden sollen. Doch die Auseinandersetzung mit den Ursachen und Folgen des Konfliktes betreffen nicht nur staatliche Akteure. Vielmehr scheint in einem großen Teil der kolumbianischen Gesellschaft ein Aufarbeitungs- und Reflexionsprozess begonnen zu haben, in dem die Frage des „*¿Por qué?*“ (Warum?) lauter denn je gestellt wird. Ohne das Empowerment der Opfer- und Menschenrechtsbewegung wäre es aber weder zur staatlichen Reparationspolitik noch zu einer stärkeren Aufmerksamkeit der urbanen Mittelschicht für das Schicksal der Millionen Opfer gekommen. Beispielhaft für das gesamtgesellschaftliche Projekt der Aufarbeitung kann das *Centro Nacional de Memoria Histórica* stehen, in dem Vertreter_innen staatlicher Einrichtungen und zivilgesellschaftlicher Organisationen die Geschichte der Gewalt auf der Grundlage tausender Zeitzeugenberichte rekonstruieren. Die wohl bemerkenswerteste Folge des Bewusstseinswandels in Staat und Gesellschaft ist die Tatsache, dass die aktuelle Regierung unter Juan Manuel Santos ein bis vor wenigen Jahren undenkbares Ziel in die öffentliche Debatte zurückholte, nämlich den Konflikt mit der FARC-Guerilla durch einen Friedensvertrag zu beenden. Seit Beginn der Verhandlungen im Oktober 2012 in Havanna kamen bereits Übereinkünfte zu den Punkten „ländliche Entwicklung“ und „politische Partizipation“ zustande.

Was hat nun das Ökumenische Büro mit den Entwicklungen in Kolumbien zu tun? „Es ist wichtig, dass der schwierige Friedensprozess in Kolumbien von zivilgesellschaftlichen Organisationen in Europa begleitet wird, gerade jetzt, wo die EU durch den Freihandelsvertrag mit Kolumbien mehr denn je von den Rohstoffgeschäften profitiert. Wenn wir die ausgeschlossenen Bevölkerungsschichten in Kolumbien unterstützen wollen, müssen wir zunächst die komplexen Ursachen der Gewalt verstehen. Die alten Klischees über Pablo Escobar

und Drogenkartelle greifen da viel zu kurz“, meint Alejandro Pacheco Zapata. Der kolumbianische Unternehmensberater entschied sich deshalb, im Rahmen eines Praktikums im Ökumenischen Büro eine Veranstaltungsreihe über die Gewalt in seinem Land zu organisieren. Dem Projekt schlossen sich bald einige Unterstützer_innen aus dem Ökumenischen Büro und von außerhalb an.



Die Anwältin Liliana Uribe sprach in München über die fatalen Folgen staatlicher Sicherheitspolitik.

Für die erste Veranstaltung am 2. Juli konnten wir eine Reihe namhafter Referent_innen gewinnen. Die Journalistin Dr. Nelly Castro zeigte in ihrer historischen Einführung, dass die Landkonzentration in wenigen Händen die Hauptursache der Gewalt in Kolumbien darstellt. Solange die tief verwurzelten Konflikte um die Landnutzung nicht bearbeitet würden, sei auch nach einem Friedensvertrag mit der Guerilla nicht mit einem Ende der Gewalt zu rechnen. Nach diesem düsteren Schnelldurchlauf durch die Geschichte berichtete Camilo Martínez von der NGO *Yanpaqui* von einem friedensstiftenden Selbstorganisationsprojekt. Im *barrio* La Paralela in Medellín setzen circa 20 Familien ihr traditionelles Wissen ein, um die Fläche einer ehemaligen Müllhalde landwirtschaftlich zu nutzen. Angesichts der weltweiten Probleme bei der Nahrungsmittelversorgung ist diese Initiative urbaner Landwirtschaft auch aus einer entwicklungspolitischen Perspektive interessant.

Liliana Uribe von der *Corporación Jurídica Libertad* brachte die Verantwortung der staatlichen Sicherheitspolitik bei der Terrorisierung der Bevölkerung zur Sprache. „Es scheint unglaublich, dass die Paramilitärs, die in kriminellen Strukturen organisiert sind und viele Verbrechen gegen die Bevölkerung begangen haben, einmal vom Staat gesetzlich ins Leben gerufen wurden!“ Liliana Uribe versicherte uns, dass die Tausende von außergerichtlichen Hinrichtungen vor allem auf eine breite und sinnentleerte Definition von „Subversiven“ und „Staatsfeinden“ zurückzuführen sind. In Kolumbien werden diese willkürlichen Hinrichtungen von Unbeteiligten, mit denen die Streitkräfte Erfolge im Kampf gegen die Guerilla präsentieren wollen, mit dem Begriff der „falschen Positiven“ beschönigt.

Im zweiten Treffen am 30. November wollten wir jungen Nachwuchsforscher_innen und Aktivist_innen die Gelegenheit geben, ihr Wissen zu teilen. Zunächst stellten der Jurist Alejandro Guerrero Torres und die Erinnerungsforscherin María Paula Santana González sehr prägnant das Gesetz „Gerechtigkeit und Frieden“ und das „Opfergesetz“ von 2011 vor. Eine wichtige Erkenntnis beider Vorträge war, dass die juristischen Verfahren der Gesetze oft sehr weit von der Realität der Opfer entfernt sind – sowohl in räumlicher als auch in kultureller Hinsicht. Der Konfliktforscher Christian Wimberger zeigte im Anschluss anhand des kollektiven Reparationsprozesses für die Gemeinde Mampuján, dass die Opfer durch den Anerkennungskampf mit den staatlichen Behörden als selbstbewusste politische Akteur_innen gestärkt werden. Schließlich stellte Alejandro Pacheco in seinem Vortrag die Frage, warum die Länder Lateinamerikas immer mehr militarisiert werden. Er kam zu dem Schluss, dass gerade die Logik einer extraktiven Wirtschaft, die alle Karten auf die Rohstoffausbeutung setzt, zu einer militarisierten Territorial- und Bevölkerungskontrolle führt.

Aus den Aktivitäten 2013 ging inzwischen eine Münchner Menschenrechtsgruppe für Kolumbien mit circa zehn Mitgliedern hervor. In Zukunft wollen wir eine Gemeinde oder ein Friedensprojekt in Kolumbien durch Informationsaustausch und Öffentlichkeitsarbeit unterstützen. Wir glauben, dass das Ökumenische Büro von einer Beschäftigung mit Kolumbien profitieren kann, da Probleme wie die (Para)militarisierung und die Gewalt gegen soziale Bewegungen auch in Mexiko oder Honduras anzutreffen sind. Umgekehrt ist die Erfahrung aus Guatemala oder El Salvador, dass Friede ohne eine starke, unabhängige Zivilgesellschaft Gefahr läuft, zur Legitimierung ungerechter sozioökonomischer Verhältnisse instrumentalisiert zu werden, auch für Kolumbien von Bedeutung. Wir bedanken uns beim Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung, beim Ausländerbeirat der Stadt München sowie Desierto Florido e.V. für ihre freundliche finanzielle Unterstützung. Ein herzliches Dankeschön geht auch an Christiane Schulz für die sehr gelungene Moderation der beiden Veranstaltungen.

Tango-Konzert mit Got@n.uy



Am 25. Januar stellte das uruguayische Duo Got@n.uy seine Arbeit bei einem Konzert in der Kranhalle im Münchner Feierwerk vor. Nach mehreren Jahren Zusammenarbeit haben sie einen eigenen Stil in der Interpretation des *Tango Nuevo*-Komponisten Piazzolla entwickelt, und es ist diese persönliche Spielweise, die ihr Konzert zu einem Erlebnis machte. Nach dem Konzert lud der Hamburger Tango-DJ Max Hillebrecht die Anwesenden zum Tanz.

*Das Öku-Büro
präsentiert: Tango
aus Uruguay*

Straßenfest zum 30jährigen Bestehen des Ökumenischen Büros

Seit dem Jahr 1983 praktiziert das Öku-Büro Solidaritäts- und Menschenrechtsarbeit in München. Da das Gründungsdatum nicht genau überliefert ist, legten wir uns auf den 14. Juli fest, ein Jahrestag, der mit der Pariser Straße, in der sich unser Büro befindet, in engem symbolischen Zusammenhang steht. An diesem Tag verwandelten wir gemeinsam mit unseren Nachbar_innen die Straße in eine gemütliche Festzone mit Kultur, Attraktionen für Kinder und vielen interessanten Begegnungen für die Anwohner_innen aus dem Stadtviertel und die Angehörigen des Öku-Büros aus vier Jahrzehnten. Beteiligt waren das Atelier Silhouette, die Kneipe Servabo, der Frisörsalon NICNOA, das Versicherungsbüro Württembergische, das Medienbüro besser drei und das indische Restaurant Ganesha.

*Die Pariser Straße in
Haidhausen am 14. Juni*



Öffentlichkeitsarbeit

Infoblatt - Die Zeitung für internationalistische und emanzipatorische Perspektiven und so

In diesem Jahr konnte nur eine Ausgabe des Infoblattes erscheinen. Darin haben wir uns mit dem Thema *Blick* beschäftigt. Daraus sind sehr verschiedene Artikel entstanden: zum normierenden Blick auf Körper, zu unterschiedlichen Perspektiven von Opfern und Täter_innen in Fotografien aus der NS-Zeit, zum kolonialen Blick und zu unserem eigenen persönlichen Blick auf Nicaragua. Zudem hat das Infoblatt wieder über politische, soziale, gesellschaftliche und kulturelle Ereignisse sowie Phänomene in den Ländern Zentralamerikas und Mexiko berichtet.

Über die Online-Portale amerika21.de und Linksnet.de stellten wir auch in diesem Jahr einzelne Artikel aus dem Infoblatt einer größeren Leser_innenschaft zur Verfügung.

„En La Linea“ – Die Sendung des Öku-Büros auf Radio Lora

Einmal im Monat sendet das Öku-Büro beim freien Münchner Radio Lora 92,4. Dort informieren und unterhalten wir mit Nachrichten aus Lateinamerika, München und dem Öku-Büro. Weil wir den dortigen Aktivist_Innen hierzulande eine Stimme geben wollen, sind diese auch gern gesehene Interviewgäste in unserer Sendung. Gewürzt wird das Ganze mit alternativer lateinamerikanischer Musik. Themen im Jahr 2013 waren unter anderem der BUKO-Kongress, Nazis in München, kommunale Radiosender in Honduras, Men-



Saul Baños aus El Salvador ist Studiogast bei Radio En La Linea

schenrechte in El Salvador mit Saul Baños sowie die Wahl in Honduras. Wir freuen uns darauf, Sie im Jahr 2014 wieder bei Radio En La Linea begrüßen zu dürfen: an jedem ersten Montag im Monat um 17:00 Uhr auf UKW 92,4 und als Livestream im Internet.

Homepage

Auf unserer Homepage www.oeku-buero.de geben wir einen aktuellen Einblick in unsere Arbeit. Es erscheinen Artikel über die Vorgänge in unseren Schwerpunktländern und Beiträge zu unseren Arbeitskreisen. Die Besucher_innen der Seite finden Informationen zu unseren Veranstaltungen und können unsere Publikationen herunterladen.

Mailverteiler

Während unserer Veranstaltungen oder über unsere Homepage können sich Interessierte in verschiedene, thematisch gegliederte E-Mail-Verteiler eintragen. Sie bekommen dann von uns Mails mit Informationen sowie Einladungen, unsere Menschenrechts-Eilaktionen zu unterstützen. Darüber hinaus machen wir Sie auf kommende Veranstaltungen aufmerksam.

Weitere Formen der Öffentlichkeitsarbeit

Am 22.-23. März veranstalteten wir im Jugend- und Sportheim Bichl unser traditionelles Wochenende für Neueinsteiger_innen, bei dem wir auch die Planung der Aktivitäten für das Jahr 2013 vornahmen.



*Beim „Büro-
wochenende“*

An den Vorbereitungen der Eröffnungstagung für den „Runden Tisch Zentralamerika“ beteiligten wir uns mit der Teilnahme an zwei Vorbereitungstreffen in Stuttgart und Frankfurt, bei denen wir an der inhaltlichen Ausgestaltung mitarbeiteten.

An der Entwicklungspolitischen Börse der Stelle für internationale Angelegenheiten der Stadt München beteiligten wir uns am 26. Januar mit einem Informationsstand. Ebenso waren wir am traditionellen 1. Mai-Fest des DGB in der Innenstadt mit einem Stand präsent.



Bei der Entwicklungspolitischen Börse im Alten Rathaus München

Kooperation und Vernetzung

Als in der Region München verankerte Organisation ist das Ökumenische Büro in überregionalen Strukturen der Solidaritäts- und Menschenrechtsarbeit eingebunden. Durch Kooperation und Vernetzung gewinnt unsere Arbeit an Qualität und Wirksamkeit. Hier einige Beispiele:

Arbeitsgemeinschaft Rechtshilfefonds für die Landkämpfe in Mittelamerika

Die Arbeitsgemeinschaft Rechtshilfefonds für die Landkämpfe in Mittelamerika besteht seit Mitte der 90er Jahre. Seit Oktober 2013 ist das Ökumenische Büro Mitglied im Beirat der Organisation.

Sie publiziert Infos und Spendenaufrufe und entscheidet gemeinsam über die Verwendung eingehender Spenden nach aktuellem Bedarf. So unterstützt die Arbeitsgemeinschaft zum Beispiel Widerstand gegen Privatisierungen, etwa in Nicaragua nach Auflösung der Kooperativen und des staatlichen Agrarreformsektors. Es wird also in politische Mobilisierungen investiert, die gegen derartige Prozesse der Privatisierung und der Konzentration von Land ankämpfen. Neben dieser politischen Arbeit konnte der Rechtshilfefonds auch ganz konkrete Landkämpfe unterstützen, so die Legalisierung von Landtiteln von Agrarkooperativen im Norden Nicaraguas und in Bajo Lempa in El Salvador nach mehr als zehnjährigem Kampf.

Wir sehen in dem Rechtshilfefonds eine gute Möglichkeit, unsere politische Öffentlichkeitsarbeit im Zusammenhang mit Auswirkungen des europäisch-zentralamerikanischen Freihandelsabkommens durch Rechtshilfe für die Betroffenen zu unterstützen. Aktuell sehen wir die sozialen und gesundheitlichen Probleme sowie die Vertreibungen infolge der immens wachsenden Agrosprit-Produktion im Zentrum.

Bayerischer Flüchtlingsrat

Mit dem Bayerischen Flüchtlingsrat verbindet uns eine gute Zusammenarbeit. Regelmäßig werden Artikel zwischen dem Infoblatt und der Zeitschrift des Bayerischen Flüchtlingsrates Hinterland ausgetauscht.



BUKO

Die BUndesKOordination Internationalismus ist ein bundesweites Netzwerk, dem über 120 Eine-Welt-Gruppen, entwicklungspolitische Organisationen, internationalistische Initiativen, Solidaritätsgruppen, Weltläden, Kampagnen und Zeitschriftenprojekte angehören. Der Ursprung der BUKO lag in den Solidaritätsbewegungen mit den Befreiungskämpfen im globalen Süden. Der seit 1977 stattfindende Bundeskongress der BUKO ist zu einer Institution geworden. Gedankenaustausch, Vernetzung und Verständigung über internationalistische linke Politik und Aktion stehen hier im Vordergrund. Das Ökumenische Büro trägt die Struktur der BUKO durch ständige Mitarbeit eines Delegierten in deren Entscheidungsgremien mit. Das Ökumenische Büro initiierte die Vorbereitung und Durchführung des BUKO-Kongresses 2013 in München (siehe Seite 67).



CIFCA - Europaweite Vernetzung der Menschenrechtsarbeit

Im Kontext unserer Arbeit zum Assoziierungsabkommen EU-Zentralamerika und der Menschenrechtsarbeit zu Mexiko und Honduras bemühen wir uns um eine europaweite Vernetzung.

Bedeutsam ist hierfür die in Brüssel ansässige NGO *Copenhagen Initia-*

tive for Central America (CIFCA), ein Dachverband europäischer Menschenrechtsorganisationen, der uns zu den genannten drei Themen Kontakte zu den jeweils verantwortlichen Stellen in der Europäischen Kommission und im EU-Parlament vermittelte.

El Salvador-Bundestreffen

Das Bundestreffen der El Salvador-Solidaritätsgruppen ist seit vielen Jahren ein fester Termin im Kalender aller Soli-, Menschenrechts- und Partnerschaftsgruppen, die zu diesem kleinsten Land Zentralamerikas arbeiten. Der Vernetzungsaspekt reicht aber über die gemeinsame jährliche Tagung hinaus: Der Vorbereitungskreis des Treffens besteht aus Vertreter_innen des Ökumenischen Büros, des INKOTA-Netzwerks, des Zentralamerikasekretariats Zürich, der Kaffeekampagne und der Infostelle El Salvador. Zudem besteht eine gemeinsame E-Mail-Liste, auf der diverse zu El Salvador arbeitende Gruppen Informationen austauschen, gemeinsame Kampagnen und Aktionen planen oder für ihre jeweiligen Aktivitäten werben (siehe Seite 12).

DECOLONIZE MÜNCHEN-Bündnis

In einem breiten Bündnis von antirassistischen und entwicklungspolitischen Gruppen beteiligt sich das Ökumenische Büro an der Vorbereitung der Ausstellung DECOLONIZE MÜNCHEN (vormals genannt FreedomRoads) zu kolonialen Straßennamen in München (siehe auch Seite 72). Die Ausstellung ist von Oktober 2013 bis Februar 2014 im Stadtmuseum München zu sehen. An dem Bündnis sind u.a. die Gruppen ISD – Initiative Schwarze Menschen in Deutschland, [muc] münchen postkolonial, AK Panafrikanismus und das Nord Süd Forum München beteiligt.



HondurasDelegation

Die überregionale Arbeitsgruppe HondurasDelegation ist aus der Delegationsreise nach Honduras 2010 hervorgegangen, die das Ökumenische Büro organisierte. Die 15köpfige Gruppe hat in diesem Jahr neben zahlreichen weiteren Aktivitäten eine Menschenrechtsdelegation zur Wahl im November organisiert (siehe Seite 27). Derzeit wird am Aufbau einer Infrastruktur zu Vorbereitung und Entsendung von Menschenrechtsbeobachter_innen gearbeitet.

Honduras-Koordination

Im November 2009 riefen Journalist_Innen, Bundestagsabgeordnete, Entwicklungshilfeorganisationen und Solidaritätsgruppen aus dem deutschsprachigen Raum das Netzwerk „Honduras-Koordination“ ins Leben. Es dient zur Koordination und zum Informationsaustausch im Zusammenhang mit der Unterstützung der Demokratiebewegung in Honduras.

Darüber hinaus steht das Ökumenische Büro in Kontakt mit italienischen, französischen, österreichischen und Schweizer Solidaritätsgruppen zur Demokratiebewegung in Honduras sowie dem europäischen Netzwerk CIFCA.



Menschenrechts-Koordination Mexiko

Im Jahr 2013 haben wir uns wieder viel in der Arbeit der Deutschen Menschenrechts-Koordination Mexiko engagiert. Mit dem Sekretariat der Koordination haben wir einige Projekte gemeinsam durchgeführt: Eine Europa-Rundreise mit mexikanischen Gästen zum UPR-Programm der UNO (Siehe Seite 38) haben wir gemeinsam geplant. Dabei kümmerte sich das Sekretariat der Koordination um die Organisation der Termine in Brüssel und Berlin. Die Sekretärin der Koordination und unser Mexiko-Referent haben dieses Jahr ihre Dienstreise nach Mexiko größtenteils gemeinsam bestritten. So konnte die Koordination von unseren Kontakten in Ciudad Juárez und im Isthmus von Tehuantepec profitieren.

Mission EineWelt der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

Mit der protestantischen Landeskirche verbindet uns eine langjährige und gute Zusammenarbeit. Die im Jahr 2012 ruhende Kooperation wurde im Jahr 2013 wieder aufgenommen, zunächst nur für den Informationsaustausch.

Netzwerk München e.V.



Das Ökumenische Büro ist schon seit der Gründung des Netzwerks München e.V. Mitglied. Seit dem Jahr 2006 stellen wir auch eine Vertreterin im Beirat. Das Netzwerk München e.V. setzt sich in München für selbstverwaltete Strukturen ein und vergibt Gelder für Projekte, Veranstaltungen und selbstverwaltete Betriebe. Die Gelder werden entweder als Zuschüsse oder als zinslose Darlehen vergeben. Zwischen den Mitgliederversammlungen entscheidet der Beirat kollektiv über die Förderung von beantragten Projekten.

Nord Süd Forum München e.V.

Das Nord Süd Forum ist ein Zusammenschluss von über 50 Münchner Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen, die im entwicklungspolitischen Bereich aktiv sind, darunter das Ökumenische Büro.

Ziel ist es, in den Industriestaaten des „Nordens“ über Bildungs-, Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit die Anliegen der Menschen des „Globalen Südens“ zu thematisieren. Im Jahr 2013 haben wir wie schon 2012 im Vorbereitungskreis der Ausstellung "Freedom Roads" zu kolonialen Straßennamen zusammengearbeitet und das Nord Süd Forum war Kooperationspartner unserer Veranstaltung mit Gästen aus Honduras Ende September im EineWelt Haus (siehe Seite 31). Über den Jahreswechsel hinaus spannend wird ein gemeinsames kritisches Positions- und Forderungspapier des Nord Süd Forums sein, das sich an die Adresse des neuen Ministers für Wirtschaftliche Zusammenarbeit richtet. Es wird sich voraussichtlich mit der Tendenz auseinandersetzen, zivilgesellschaftliche Organisationen als "Helfer" zu degradieren und für die Zwecke neoliberaler Wirtschaftsinteressen zu instrumentalisieren, und einen Kurswechsel in der deutschen EZ sowie der Art der Vergabe von Fördermitteln anmahnen.



Portal amerika21.de

Das Lateinamerika-Nachrichtenportal mit Sitz in Berlin hat sich als aktuellstes und umfangreichstes deutschsprachiges Medium mit Nachrichten zu Lateinamerika etabliert. Für a21 verfassen wir regelmäßig Beiträge über Honduras und Nicaragua.

Runder Tisch Zentralamerika

Beim Studientag der AG Landrechte zum Assoziierungsabkommen EU-Zentralamerika im November in Berlin entstand der Vorschlag, eine Koordination im deutschsprachigen Raum zu schaffen, um auf Themen besser reagieren zu können, die über die Ländergrenzen Zentralamerikas hinweg relevant sind. Über 20 Organisationen zeigten sich interessiert. Anvisiert sind jährliche Treffen in Form von halb-öffentlichen Wochenendseminaren. Das Ökumenische Büro ist an der Organisation der ersten Tagung des Runden Tisches im Januar 2014 beteiligt.

Flug- und Zugdienst

Was ist der Flugdienst?

Als der Flugdienst 1985 ins Leben gerufen wurde, stand die Idee dahinter, die Flüge für die Arbeitseinsätze in Nicaragua und später in El Salvador zu organisieren. Mittlerweile vermitteln wir nicht nur Flüge für BrigadistInnen nach Zentralamerika, sondern für alle Menschen an alle Orte der Welt. Und nicht nur Flüge, sondern auch Mietwägen, Hotels, Pauschalreisen und neuerdings auch Zugfahrkarten. Aus dem kleinen internen Dienstleistungsservice ist eine dauerhafte Nebenerwerbsmöglichkeit für unser Büro entstanden.

Auch wenn der Großteil der von uns verkauften Flugtickets für Projekte im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit sind, so freuen wir uns auch über jedes für eine Urlaubsreise verkaufte Flugtik-

ket. Jeder Flug (und auch jede Zug- oder Pauschalreise) hilft uns, das Ökumenische Büro auch weiterhin finanzieren zu können.

Was ist der Zugdienst?

Seit Kurzem können Sie Ihre Fahrkarten für die Deutsche Bahn online über unsere Internetseite buchen. Es sind zwar nur Centbeträge, die wir dafür bekommen, aber es kostet Sie keinen Cent mehr und bei uns „läppert“ sich doch der ein oder andere Euro zusammen.

Die Buchungen sind telefonisch, per Mail und auch online machbar. Einfach mal auf unsere Homepage schauen!

www.oeku-buero.de/flug

www.facebook.com/oekubuero.flug

Fotocredits

Titelbild:	Daniela Dorrer
Seiten 6, 14:	Equipo Maíz
Seiten 9, 10:	Asociación Pro Búsqueda
Seiten 19, 22:	Jutta Blume
Seiten 20, 25:	Paula Brücher
Seite 23:	Paola Reyes
Seite 31:	Erika Harzer
Seiten 52, 54, 57:	Karina Lange
Seite 55:	Angela Mischke
Seite 58:	Sarah Schmidt
Seite 67:	iska cine



Mehr Information?

Unsere Homepage www.oeku-buero.de bietet Infos zu unseren Inhalten und Aktivitäten.

Zweimal im Jahr erscheint unsere Zeitschrift Infoblatt, kostenlos als Print- oder pdf-Version. Zum Abonnieren genügt eine Mail oder ein Anruf.

Jeden ersten Montag im Monat um 17:00 Uhr senden wir auf dem Münchner Lokalsender Radio Lora auf UKW 92,4 Mhz oder im Livestream unter <http://lora924.de>

Über E-Mail-Verteiler informieren wir über unsere Aktivitäten und laden zur Teilnahme an Eilaktionen bei Menschenrechtsverletzungen ein. Zugang über: www.oeku-buero.de/kontakt.html

Einen Beitrag leisten?

Wir freuen und über Spenden in jeder Höhe, auch als Daueraufträge. Zahlung ist möglich durch Überweisung, Lastschrift oder online unter www.oeku-buero.de/spenden.html

Die Spenden sind steuerabzugsfähig.

Mitmachen?

Unterstützung ist uns jederzeit willkommen, zum Beispiel durch Mitarbeit in unseren Arbeitskreisen, bei der Gestaltung unserer Veranstaltungen oder durch Teilnahme an einer Reise nach Mittelamerika. Auch für die, die weiter weg von München wohnen, gibt es Möglichkeiten. Und wer Mitglied werden will, ein Anruf genügt.

Ökumenisches Büro



Ökumenisches Büro für
Frieden und Gerechtigkeit e.V.
Pariser Str. 13
D - 81667 München

Tel.: +49 - (0)89 - 4 48 59 45
Fax: +49 - (0)89 - 48 76 73

info@oeku-buero.de
www.oeku-buero.de

Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen, die uns unterstützt haben für ihren Beitrag zu einem gelungenen Jahr 2013 und freuen uns über Rückmeldungen zu diesem Bericht.

Wir sind offen für tatkräftige Unterstützung.

Das Team vom Ökumenischen Büro

Spendenkonto:
Stadtsparkasse München
IBAN: DE65 7015 0000 0056 1762 58
SWIFT-BIC: SSKMDEMM